

Die Delegierten von JGW-Germany

(Hier Bild „gruppenbild.png“ einfügen. Bildunterschrift: Delegierte von JGW-Germany hinter den Sitzen Zimbabwes in der Versammlungshalle der Vereinten Nationen. Von links nach rechts: Constanze Haug, Cornelius Hempel, Benjamin Pohl, Mathias Roth, Claus Becker, Conrad Häbler, Carla Cederbaum, Katja Weigelt, Martin Brösamle, Jan Rieländer)

Name	Komitee	Alter	Studienfach	Studienort
Claus Becker	Generalversammlung	19	Zivi / Luft- und Raumfahrttechnik	Krefeld / Stuttgart
Klaus Brösamle	Ministerialkonferenz der WTO	20	Zivi / Europäische Wirtschaft	Heidelberg / Bamberg
Martin Brösamle	Weltkonferenz gegen Rassismus	22	Anthropologie / Kognitionswissenschaft	Freiburg
Carla Cederbaum	Weltkonferenz gegen Rassismus	20	Mathe & Physik	Freiburg
Conrad Häbler	Organisation für Afrikanische Einheit	20	Internationale Beziehungen	Dresden
Constanze Haug	Sondersitzung über Istanbul +5	19	Internationale Beziehungen	Dresden
Cornelius Hempel	Erstes Komitee der Generalversammlung	20	Internationale Beziehungen	Dresden
Benjamin Pohl	Sondersitzung über Istanbul +5	20	Internationale Beziehungen	Dresden
Jan Rieländer	Ministerialkonferenz der WTO	21	Internationale Beziehungen	Dresden
Matthias Roth	Gruppe der 77	21	Internationale Beziehungen	Dresden
Stefan Schneider	Generalversammlung	19	Zivi / Filmmusikkomposition	München
Katja Weigelt	Erstes Komitee der Generalversammlung	21	Internationale Beziehungen	Dresden

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Sponsoren, liebe UNO-, Model United Nations- und Simbabwe-Interessierte, liebe Freunde und Bekannte,

Sie halten mit dieser Dokumentation die Ergebnisse, Eindrücke und Berichte von einem Projekt in ihren Händen, das sowohl thematisch und inhaltlich hochinteressant und faszinierend ist, als auch in seiner Rolle als Pilotprojekt unter Trägerschaft des *JGW e. V.* besonderen Stellenwert erlangt hat.

Jugendliche aus ganz Deutschland haben unzählige Stunden ihrer Freizeit über mehr als ein halbes Jahr hinweg für das anspruchsvolle Unterfangen aufgebracht, das Land Simbabwe in der weltweit größten UN-Simulation realitätsnah und auf hohem Niveau diplomatisch zu repräsentieren.

Bemerkenswert waren das Engagement und der Abenteuergeist: ohne jegliche Vorerfahrung aus den eigenen Reihen setzten sich alle Teilnehmer selbstständig für das Vorankommen der ganzen Gruppe ein. Reisen durch ganz Deutschland, E-Mail-Kommunikation, unzählige Sponsorenanfragen, Anrufe bei Botschaften und komplexe Internet-Recherche waren nötig, um das Projekt mit Erfolg zu krönen und somit dem gemeinsamen Ehrgeiz innerhalb der Gruppe gerecht zu werden.

Jetzt können wir nicht nur auf die einmalige Bereicherung und Erfahrung für uns persönlich, einen zwei-minütigen Bericht in der Tagesschau und anregende Zeit mit der vielfältigen Gruppe zurückblicken: Denn wie die neuesten Entwicklungen andeuten, wird *JGW-Germany* zu einer weiteren deutschen Gruppe bei der *National Model United Nations* Konferenz werden, die regelmäßig nach New York reisen und, so hoffe ich persönlich, auch an der Gestaltung der europäischen MUN-Szene maßgeblich beteiligt sein wird.

Ein Durchbruch ist uns auch innerhalb des *JGW e.V.* gelungen. Neben der Pfingstakademie von Ehemaligen der *Deutschen SchülerAkademie*, die lange Zeit das einzige durch den *JGW e.V.* getragene Projekt war, ist die Teilnahme an *NMUN 2001* nicht nur der Start in eine weitere Projektserie für die Folgejahre gewesen, sondern auch der erste grundlegende Schritt, den Verein seinem Ziel näher zu bringen, möglichst viele engagierte Jugendgruppen bei Vorhaben aus verschiedensten Bereichen der Jugendbildung zu unterstützen.

Ich freue mich, ihnen die Ergebnisse der Gruppe hier präsentieren zu können und hoffe, ihr Interesse für *JGW-Germany* bei *National Model United Nations* sowie für den *JGW e.V.* mit seiner gesamten Zielsetzung geweckt zu haben.

Mit herzlichen Grüßen

(Klaus Brösamle – Gruppenleiter / Head Delegate)

Zum Geleit

Den Austausch junger Menschen zu fördern, ihre Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Themen anzuregen: das ist das erklärte Ziel des Vereins *Jugendbildung in Gesellschaft und Wissenschaft e.V.*

Wie wunderbar fügt sich das *National Model United Nations*-Projekt in diese Vorstellungen! Zwölf junge Menschen aus ganz Deutschland finden sich zusammen, entwickeln Positionen und

Thesepapiere zur Politik eines fernen Landes - Simbabwe - und tragen ihre Ideen über den Atlantik zur großen UN-Simulation nach New York, um sie dort im regelhaften Wettstreit der Redebeiträge, den Ausschüssen oder gar der Generalversammlung zu Gehör zu bringen.

Der Verein *JGW e.V.* schätzt sich glücklich, mit dem *NMUN*-Projekt sein Förderprogramm erweitern zu können und den Reigen weiterer flexibler Zusammenarbeit mit engagierten jungen Menschen zu eröffnen. Unser Dank gilt den *NMUN*-Delegierten und insbesondere Klaus Brösamle, der mit unermüdlicher Aktivität von der Idee bis zur Delegationsleitung in New York das *JGW-NMUN*-Projekt initiierte und dessen Erfolg erst ermöglichte.

Wir freuen uns, mit dieser Dokumentation den repräsentativen und informativen Abschluss des diesjährigen *NMUN*-Projektes vorstellen zu dürfen und gleichzeitig die erneute Entsendung einer *JGW*-Delegation nach New York für das nächste Jahr ankündigen zu können. Möge die nun der Lektüre anheimgegebene Textsammlung den Beginn einer produktiven Model United Nations - Tradition des Vereins dokumentieren.

(Moritz Helmstädter - Vorstandsvorsitzender JGW e.V.)

Unser Dank

Für großzügige finanzielle Unterstützung, die dieses Projekt überhaupt erst möglich gemacht hat, danken wir:

dem *Deutschen Akademischen Austauschdienst*, dem *Verein der Freunde und Förderer der TU-Dresden*, der *Commerzbank Dresden*, der *Deutsche Bank, Arthur Andersen*, dem *Lions-Club Oberursel*, der *PROWA Ingenieure Dresden GmbH* und der *Dr. Born & Dr. Ermel GmbH*.

Desweiteren danken wir für ideelle und organisatorische Unterstützung:

Herrn und Frau Brösamle, Herrn und Frau Pohl, Peggy Wittke (Zuständige für MUN der Humboldt-Universität Berlin), Sandra Weidlich (*NMUN 2000 - German Youth for Understanding*), der ständigen Vertretung Simbawes bei den Vereinten Nationen in New York und der simbawischen Botschaft in Deutschland.

Über den JGW e.V. und die Delegation

Der Verein *Jugendbildung in Gesellschaft und Wissenschaft e.V. (JGW e.V.)* wurde gegründet mit dem Anliegen, besonders interessierten und begabten jungen Menschen einen regen inhaltlichen und persönlichen Austausch zu ermöglichen – ungebunden durch Fächergrenzen und weit über die Kontakte an der eigenen Schule oder der eigenen Universität hinaus.

Die Gründung von JGW e.V. war wesentlich inspiriert durch die Erfahrungen mit der *Deutschen SchülerAkademie*, einer Förderungseinrichtung für besonders begabte Schüler der letzten Schuljahre, organisiert vom Verein *Bildung und Begabung* e.V. (Bonn) mit Unterstützung des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* und des *Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft*. Diese besondere Förderung fortzuführen und insbesondere die Arbeit des Alumni-Clubs der *Deutschen SchülerAkademie (Club der Ehemaligen)* zu unterstützen, ist eine der Aufgaben von JGW e.V..

Die Ausrichtung unserer Vereinsarbeit beruht auf der Erkenntnis, dass eine profunde inhaltliche Förderung begabter junger Menschen gerade in der Phase zwischen Schulabschluss und den ersten Studiensemestern von großer Bedeutung ist — und gleichzeitig in Deutschland von Seiten der öffentlichen Hand nicht existiert. Dem Verein JGW e.V. stellt es sich als wesentliche Herausforderung dar, die Lücke zwischen Schülerförderung einerseits (durch z.B. die *Deutsche SchülerAkademie*) und der Arbeit der großen Begabtenförderungswerke andererseits (z.B. durch die *Studienstiftung des Deutschen Volkes*) mit Leben und Inhalten zu füllen.

Unter den 12 Studentinnen, Studenten und Zivildienstleistenden der JGW-Delegation waren im Jahr 2001 fünf ehemalige Teilnehmer der *Deutschen SchülerAkademie*, aus deren Freundes, Bekannten und Kommilitonenkreis sich weitere sieben interessierten. Viele von ihnen waren Studenten des Studiengangs Internationale Beziehungen an der TU-Dresden.

Über National Model United Nations

(Hier Bild „UNO-Gebäude.png“ einfügen. Bildunterschrift: Die Hauptverwaltung der Vereinten Nationen in New York.)

Die *National Model United Nations Conference*, die in New York stattfindet, ist die fünftägige Simulation einer realen UN-Konferenz. Sie wird von der gemeinnützigen Organisation *National Collegiate Conference Association (NCCA)* getragen und organisiert. In ihrer jetzigen Form fand sie zum ersten Mal 1946 statt, allerdings existierte schon seit 1923 eine Vorläuferveranstaltung: eine Simulation des Völkerbundes. Heute ist *NMUN* mit über 2500 Teilnehmern aus aller Welt die bekannteste und die größte UN-Modellkonferenz.

Die Modellkonferenz entspricht in Ablauf und Struktur weitgehend ihrem Vorbild. Delegationen, bestehend aus Studentinnen und Studenten, repräsentieren einen Staat bzw. eine Nicht-Regierungsorganisation in den verschiedenen UN-Komitees sowie in der Generalversammlung. Verhandelt wird über die zu erstellenden Berichte und Resolutionen, welche sich mit Themen wie regionalen Konflikten, Friedenserhaltung, Einhaltung von Menschenrechten, ökonomischen und sozialen Entwicklungen sowie Umweltfragen auseinandersetzen.

Die Teilnehmer bereiten sich in eigenständiger Recherche auf die Simulation vor. Das Einzigartige an *NMUN* ist, dass die Teilnehmer die Chance haben, mit den ständigen UN-Vertretern ihrer Staaten in Kontakt zu treten, um von ihnen Informationen aus erster Hand zu erhalten. Gleichzeitig wird durch Gastreferenten auf Expertenebene aus den unterschiedlichsten Bereichen der Realitätsbezug der Simulation verstärkt. Dies ermöglicht es den Teilnehmern, die Dynamik multilateraler Diplomatie hautnah zu erfahren, was auch durch das chinesische Sprichwort verdeutlicht wird, das als Leitmotiv der diesjährigen *NMUN*-Konferenz gewählt wurde:

I see, I forget. I hear, I forget. I do, I remember.

Die Motivation zur Teilnahme

(Hier Bild „anzugbild.png“ einfügen. Bildunterschrift: Conrad Häßler, Cornelius Hempel, Katja Weigelt, Stefan Schneider, Jan Rieländer und Mathias Roth (v.r.n.l.) warten auf die ersten Verhandlungen.)

Von der Teilnahme an *NMUN* versprochen wir uns zum einen intensive Einblicke in die Funktions- und Organisationsweise der Vereinten Nationen sowie die Situation Simbabwe, zum anderen die unschätzbare Erfahrung, unter realistischen Bedingungen in einer multilateralen Konferenz eine selbst erarbeitete Position diplomatisch zu vertreten.

Als *JGW-Germany* beschäftigten wir uns zur Vorbereitung auf *NMUN* mit Geschichte, Struktur und aktuellen Problemen der Vereinten Nationen sowie des Landes Simbabwe. Außerdem setzten wir uns mit der Rolle Simbawwes in der internationalen Staatengemeinschaft auseinander.

Unser Interesse bei der Wahl des von uns repräsentierten Staates konzentrierte sich auf den afrikanischen Raum, da dessen weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung eine entscheidende Bedeutung in der zukünftigen weltpolitischen Lage und der Stabilität der internationalen Beziehungen haben könnte.

Zusätzlich erhofften wir uns einen Gewinn an Kompetenz in den Bereichen englischsprachiger Diskussion, Teamarbeit und dem Entwickeln einer angemessenen politischen Verhandlungsstrategie.

Die Inhaltliche Vorbereitung

Schon seit längerem hatten wir uns in die Geschichte und Struktur der Vereinten Nationen und unserer Komitees eingearbeitet, uns mit der derzeitigen Situation Simbawwes befasst und uns mit den drei Themen, die für jedes unserer Komitees vorgegeben waren, auseinandergesetzt. Dieses Wissen musste dann in die 'position papers' einfließen, um den Standpunkt der Republik Simbabwe klar vorab zu formulieren. Außerdem mussten im Vorhinein auch noch

Verhandlungsstrategien ausgearbeitet werden, zum einen um schnell gleichgesinnte Staaten zu finden, mit denen dann Resolutionen ausgearbeitet werden konnten, zum anderen, um seine eigene Position gegenüber den übrigen Staaten verteidigen zu können.

Die meiste inhaltliche Arbeit bestritten wir komitee-intern neben unserem Studium bzw. unserer Zivildiensttätigkeit, da auf der themenbezogenen Vorbereitung das Hauptaugenmerk lag. Dennoch tauschten die gesamte Gruppe ihr Wissen über das Internet, bei unseren Vorbereitungstreffen und letztendlich in New York rege aus.

Um das Internet effektiv zu nutzen, gründeten wir eine Verteilerliste mit Speicherplatz. Dadurch war es uns möglich, neue Erkenntnisse und interessante Dokumente schnell allen zugänglich zu machen.

Während unseres ersten Zusammenkommens im Januar in Oberursel fanden wir neben der organisatorischen Arbeit noch Zeit, um uns ein wenig mit der Landeskunde von Simbabwe und den Strukturen der Vereinten Nationen zu befassen. Beim zweiten Treffen im Februar in Dresden stand dann die inhaltliche Vorbereitung im Mittelpunkt. Da wir uns schon in unsere Rolle als Delegierte Simbawwes eingearbeitet hatten, ging es darum, mit der Erstellung der 'position papers' zu beginnen. Die Arbeit daran wurde von uns nach dem Treffen weitergeführt, so dass wir sie der diesjährigen NMUN-Generalsekretärin Kaylin Bailey rechtzeitig zukommen lassen konnten.

Da die Mitglieder unserer Gruppe im gesamtdeutschen Raum verteilt wohnen, konnten wir uns erst in New York wieder treffen, um unser Wissen anzugleichen und die einzelnen Position Simbawwes zu diskutieren. Außerdem hörten wir bei unseren Sitzungen noch Kurzreferate, um bereits Gelerntes noch einmal aufzufrischen.

Als Quelle für unsere inhaltliche Vorbereitung diente uns neben lokalen Bibliotheken und dem UN Informationszentrum Bonn hauptsächlich das Internet. Auf den Seiten der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen, staatlicher sowie regierungsfeindlicher Seiten Simbawwes fanden wir genügend Dokumente, um die Republik Simbabwe bei der NMUN fundiert zu vertreten.

(Claus Becker)

Überblick über Simbabwe

(Hier das Bild „Zimbabwe Flagge.png“ einfügen)

(Je nach Layout in diesen Abschnitt auch das Bild „Zimbabwe Karte.png“ einfügen)

Lage: Südliches Afrika zwischen Südafrika und Zambia

Gesamtfläche:	390.580 km ²
Klima:	tropisch, je nach Höhenlage, Regenzeit (November bis März)
Bodenschätze:	Kohle, Chromerz, Eisenerz, Asbest, Gold, Kupfer, Nickel, Vanadium, Lithium, Platin, Zinn
Bevölkerung:	11.342.521 Einwohner
Lebenserwartung:	37,78 Jahre
Ethnische Bevölkerung:	98% Afrikaner, je 1 % Weiße und Mischlinge
Analphabetenrate:	15%
Staatsform:	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt:	Harare
Bevölkerungswachstum:	0.26%
Stadtbewohner:	33 %
Unabhängigkeit:	18.4.1980 (von England)
Kaufkraftparität**:	26,5 Mrd. USD
Kaufkraftparität pro Kopf**:	2.400 USD
BIP-Struktur*:	Landw. 28%, Industrie 32%, Dienstleistungen 40%
Inflation:	1998: 32%; 1999: 56%**; 2000: 155%***
Beschäftigungsrate**:	ca. 50% (davon: Landw. 66%, Industrie 10%, Dienstl. 24%)
Exporte:	2,4 Mrd. USD (davon: Tabak 23%, Gold 14%, Eisenlegierungen 7%)
Exportpartner*:	Südafrika 12%, Großbritannien 11%, Deutschland 8%, Japan 6%, USA 6%
Importe*:	2,1 Mrd. USD (davon: Maschinen und Transportmittel 39%, andere Fertigwaren 18%, Chemikalien 15%, Treibstoffe 10%)
Importpartner*:	Südafrika 37%, Großbritannien 7%, USA 6%, Japan 6%, Deutschland 5%
Auslandsschulden 1998:	5 Mrd. USD

Entwicklungshilfe 1995:	437,6 Mio. USD
Rüstungsausgaben:	127 Mio. USD (3,1% des BIP)
Weltrang BIP pro Kopf:	119 von 191 (ähnlich: Irak, Mongolei, Serbien, Pakistan, Ukraine) ¹
AIDS:	mit die höchste Infektionsrate der Welt

Besuch bei First Secretary Gumbo-Rungunga

(In diesem Kapitel je nach Layout das Bild „rungunga.png“ einfügen. Bildunterschrift: JGW-Germany beim Mission Briefing in der ständigen Vertretung Zimbabwes bei den Vereinten Nationen in New York.

Einen Höhepunkt unserer Mission als „simbabwische Diplomaten“ stellte sicherlich der Besuch der Ständigen Vertretung Simbabwes bei den Vereinten Nationen dar. Eigentlich hatten wir gar nicht mehr mit dieser Ehre gerechnet, nachdem zahlreiche Kontaktversuche von unserer Seite des Atlantiks fehlgeschlagen waren. Einmal in New York, starteten wir einen letzten, fast schon verzweifelten Anlauf, und siehe da, unsere beiden Abgesandten wurden freundlichst empfangen und ihr Ansprechpartner, Mr. Gumbo-Rungunga, versprach, die nächsten 48 Stunden ganz zu unserer Verfügung zu stehen.

Zu unserer Überraschung stellte das Treffen wirklich eine große Bereicherung dar. Waren wir zuvor davon ausgegangen, eine eher diplomatische, wenig aussagekräftige und eventuell polemisch-aggressive Verteidigung der zumindest außerhalb Simbabwes höchst umstrittenen Politik Mugabes zu hören, mussten wir nun feststellen, dass auch eine andere Perspektive als die durch die westlichen Medien präsentierte durchaus überzeugend wirken kann.

Der einst von der *Friedrich-Naumann-Stiftung* geförderte Diplomat antwortete offen und bereitwillig auf unsere Fragen und war bemüht, uns die Hintergründe der oft hart kritisierten simbabwischen Politik zu erläutern. Unter Bezugnahme auf historische Ereignisse und Konstellationen begründete er die Notwendigkeit regionaler Kooperation, seine Kritik an den Bretton-Woods-Organisationen, Simbabwes Unterstützung der kongolesischen Regierung im Kongo-Konflikt sowie die besonders umstrittene Landreform.

Quelle soweit nicht anders angegeben: CIA World Factbook 2000

¹ Countrywatch 2000: Zimbabwe

* Schätzung 1997

** Schätzung 1999

*** Schätzung 2000

Dabei verwies er auf die Solidarität der südafrikanischen Staaten beim Kampf gegen die Kolonialherrschaft und das daraus resultierende gegenseitige Vertrauen, das sich auch heute noch positiv auswirke, beispielsweise im Rahmen der regionalen Kooperation des SADC (South African Development Community). So erhalte Simbabwe nun die Gelegenheit, sich für die Hilfe der anderen Staaten und Völker bei der Vertreibung der rassistischen weißen Minderheitsregierung (1980) zu revanchieren, indem es zum Beispiel die rechtmäßige Regierung des Kongo unterstütze, die entgegen den Regeln der Vereinten Nationen von außen angegriffen werde, nämlich von Ruanda und Uganda. Damit erfülle Simbabwe im Prinzip eine Aufgabe der UNO, wobei man sich darin mit den anderen südafrikanischen Staaten einig sei, diese jedoch zum Teil nicht über die Mittel verfügten. Da Simbabwe sich in der Lage sehe, diese Unterstützung zu gewährleisten, müssten finanzielle Erwägungen wie die starke Belastung des Staatshaushaltes hinter ethisch-moralischen zurücktreten. Insofern sei die Kritik des IWF an diesem Engagement zurückzuweisen und dessen Politik der Kreditverweigerung inakzeptabel. Allerdings sei Simbabwe, wie sich nun zeige, nicht auf fremde Hilfe angewiesen, und man werde den einmal beschrittenen richtigen Weg auch nicht verlassen.

Bezüglich der Landreform gab Mr. Gumbo-Rungunga zu bedenken, dass die Regierung Simbawwes bereit sei, jeglichen Wertzuwachs, der durch die Arbeit der weißen Siedler entstanden sei, abzugelten. Jedoch könne Simbabwe nicht für das Land selbst bezahlen. Außerdem habe die britische Regierung seinerzeit zugesagt, für diese Entschädigungen aufzukommen. Der Kritik an der fehlenden Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf die Enteignung hielt er entgegen, neben der Rechtsherrschaft bestehe eben auch eine Herrschaft der Gerechtigkeit. Es sei das Land der Simbawwer, das die Briten einst unrechtmäßig in Besitz genommen hätten und welches nun an seine rechtmäßigen Besitzer zurückfalle. Nach dem politischen solle nun auch der ökonomische Imperialismus ein Ende finden.

Nach zwei Stunden angeregter Diskussion hatte sich die emotionale Distanz zu dem Land, das wir vertreten sollten, beträchtlich verringert, und wenn wir der Politik der simbabwischen Regierung auch sicherlich nicht in allen Punkten zustimmen konnten, war es doch ein Stück mehr "unser" Land geworden.

(Constanze Haug und Benjamin Pohl)

Simbabwe in der Generalversammlung

Die Vollversammlung (GA) ist das höchste beratende Organ der Vereinten Nationen. Jeder Mitgliedsstaat entsendet fünf (bei NMUN zwei) Delegierte zur GA und hat genau eine Stimme. Die Vollversammlung hat das Recht, jedes ihr angemessen erscheinende Thema zu debattieren und dazu in Form von Resolutionen Stellung zu nehmen, sofern das entsprechende Thema nicht gerade im Sicherheitsrat verhandelt wird. Sie ist berechtigt, die Aufmerksamkeit des

Sicherheitsrates auf friedens- oder sicherheitsgefährdende Geschehnisse zu lenken; ihr obliegt außerdem die Budgetierung der Organe der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen.

Die vorläufige Tagesordnung der GA bei *NMUN 2001* sah folgende Themen vor:

1. Internationaler Terrorismus
2. Neue Weltwirtschaftsordnung
3. Humanitäre Interventionen

Neben Begrüßung und allgemeinen Erklärungen war der erste Abend der Festsetzung der endgültigen Tagesordnung vorbehalten. Dieser Punkt war von uns in unseren Vorbereitungen eher etwas stiefmütterlich behandelt worden, waren wir doch fälschlicherweise der Ansicht, dass in jedem Fall alle drei Tagesordnungspunkte behandelt würden. Am Ende waren wir froh, den ersten zum Abschluss gebracht zu haben.

Unmittelbar nach der offiziellen Eröffnung der Sitzung wurden die ersten formellen Anträge zur Festsetzung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte gestellt. Dem folgend wurde die Sitzung nach vorausgegangenem Antrag dann auch schon wieder unterbrochen – zum Zwecke der informellen Verhandlung („caucus“).

Phänotypisch ist „caucus“ eine lustige Veranstaltung, bei der unmittelbar nach der Annahme des Antrags ein großer Batzen Delegierter etwas hysterisch schreiend und ulkig-hektisch durch den Saal, über Tische, über Stühle in etwa zehn verschiedene Eckchen oder Plätzchen im oder vor dem Konferenzsaal sprintet (Blockbildung). Die Verhandlungen selbst werden dabei wegen des Zeitdrucks oft in enormem Tempo durchgeführt und eher „intuitiv-demokratisch“ koordiniert.

Zumindest an diesem ersten Abend war es für uns recht schwer, in einer Fremdsprache im Verhandlungstreiben Fuß zu fassen. Gleichwohl wurde die Tagesordnung durch die Zusammenarbeit des südamerikanischen und des afrikanischen Blocks, sowie im Einklang mit den Interessen Simbabwe auf die Reihenfolge 2, 3, 1 festgelegt. Wie schon oben erwähnt, konnte letztlich nur der (nunmehr) erste Punkt über die Neue Internationale Wirtschaftsordnung behandelt werden.

Dieser war für uns von besonderem Interesse, war doch Simbabwe nur kurze Zeit zuvor wegen der gewaltsamen Unruhen im Zusammenhang mit der Rückgabe der großen Farmen an die schwarze Bevölkerung in die Schlagzeilen geraten. (Als Folge der Kolonialisierung gehören auch heute noch 80 % der fruchtbaren Ackerböden in Simbabwe weißen Siedlern und internationalen Unternehmen.) In unserem ‘position paper’ (*siehe Anhang xxx*) war von uns vor allem die Ausbeutung „unserer“ natürlichen Ressourcen beklagt worden, die Rückgabe der Großgrundbesitze an die Kleinbauern durch den Staat, sowie eine verbindliche Übereinkunft zur

Gewährleistung fairer Preise auf dem Weltmarkt gefordert worden. Tatsächlich hatte es bereits einmal eine Deklaration von Prinzipien für eine neue internationale Wirtschaftsordnung gegeben, die damals von den Staaten der G-77 ausgearbeitet worden war, denen die industrialisierten Staaten kaum Beachtung schenkten.

Den „diplomatischen Alltag“ der nächsten Tage machten wir uns schnell zu eigen. Der formelle Teil der Sitzungen bestand faktisch aus dem bloßen Verlesen kurzer Erklärungen der jeweiligen Delegierten (freie Reden waren recht selten). Die Rednerliste umfasste selten weniger als 150 Staaten und da kein Staat (außer im Falle unmittelbaren persönlichen Angriffes eines Delegierten) direkt erwidern konnte und man sich erst nach einer Rede erneut hinten auf die Rednerliste setzen durfte, fand hier keine tatsächliche Auseinandersetzung statt. Diese Reden wurden dadurch oft nach einiger Zeit redundant und eintönig. Sie dienten oft ausschließlich der Selbstdarstellung der Delegierten und waren der Sache wenig dienlich.

Die wirklich inhaltsreichen diplomatischen Aktivitäten vollzogen sich vielmehr beim Austausch von Notizen während der Sitzung, im kleinen Kreis vor oder nach der Sitzung, im Block während informeller Verhandlungen oder tatsächlich - wie in der Vorbereitungsbrochüre geschrieben - in verrauchten Lokalen oder in Restaurants am UN-Plaza.

Im Laufe der Konferenz wurden hauptsächlich in Zeiten außerhalb der formellen Verhandlungen innerhalb jedes Blocks eine oder mehrere gemeinsame Entwurfs-Resolutionen erarbeitet. Es entstanden anfangs oft innerhalb eines Blockes viele ähnliche, die zu einer großen, alle Aspekte berücksichtigenden neuen Resolution vereinigt wurden. Um tatsächlich im Plenum diskutiert und abgestimmt zu werden, benötigt eine Entwurfs-Resolution das Interesse von mindestens 25 % der anwesenden Delegationen.

Schließlich lagen dem Plenum am dritten Tag insgesamt neun Resolutionen zur Diskussion und Abstimmung vor. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und weil sich auch hier viele Inhalte ähnelten, wurden vier Resolutionen von den initiiierenden Verfassern einvernehmlich zurückgezogen. Die besonders für uns wichtigen Resolutionen, an denen wir auch als Sponsoren beteiligt waren, wurden schließlich mit eindeutiger Mehrheit angenommen. Sie mahnten - grob gesprochen - eine gerechtere Verteilung der weltweiten finanziellen und natürlichen Ressourcen an und empfahlen die Einsetzung eines Ausschusses um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Zusammenfassend war die Teilnahme an den *National Model United Nations 2001* für uns eine wertvolle Erfahrung, um einen ersten Eindruck von praktischer diplomatischer Tätigkeit zu bekommen und darüber hinaus ganz allgemein zu lernen, sich unter großem Zeitdruck politischen Diskussionen in englischer Sprache zu stellen die zu konkreten Ergebnissen führen. Andererseits hat der hohe Profilierungsdruck und der Drang vieler Teilnehmer (die oft mit ihren Professoren angereist waren und auch bewertet wurden), eine Auszeichnung zu bekommen, zu vielen völlig

unkonstruktiven, zeit- und nervenraubenden taktischen Aktionen geführt. Überflüssige Anträge wurden gestellt (Unterbrechung der Sitzung für zwölfminuten, nachdem bereits Anträge für 10 und 15 Minuten gestellt worden waren), völlig sinnlose Mini-Reden gehalten („You all, please: Do the right thing!“); das alles nur, um die Aufmerksamkeit der Professoren und Juroren auf sich zu richten und um etwas gesagt zu haben. „Schafft endlich die verdammten Auszeichnungen ab, dann wird das Ganze schön und richtig gut!“ will man fast sagen.

(In diesem Kapitel je nach Layout das Bild „KIP_0287.png“ einfügen. Bildunterschrift: Abschluss-Plenum in der Versammlungshalle der Vereinten Nationen. Im Hintergrund die Abstimmungsanzeigen.)

Simbabwe im Ersten Komitee der Generalversammlung

Als einer der sechs Hauptausschüsse der Generalversammlung ist das Erste Komitee (für internationale Abrüstungs- und Sicherheitsfragen) zuständig. Ebenso wie in der Vollversammlung sitzen hier Repräsentanten aller Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, so dass es mit rund 300 Delegierten bei der NMUN-Konferenz 2001 eines der größeren Gremien bildete. Auch Simbabwe war hier mit 2 Delegierten vertreten. Auf der Tagesordnung standen bei der diesjährigen Konferenz die folgenden Themen:

1. Weiterentwicklung und Implementierung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NPT)
2. Einfluss von Technologie auf die Internationale Sicherheit und Zusammenarbeit
3. Beschränkung, Abrüstung, sowie die Nichtverbreitung von konventionellen Waffen

Für Simbabwe als vom Krieg gebeuteltes, afrikanisches Land war hier natürlich vor allem der dritte Punkt von großem Interesse. Nach anfänglichem Ringen über die Diskussionsreihenfolge setzte sich schließlich der Block der Entwicklungsländer durch, so dass die konventionellen Waffen den Auftakt der Konferenz bildeten.

Kaum fünf Minuten nach Sitzungseröffnung wurde diese auch schon wieder unterbrochen – der Antrag auf erste informelle Verhandlungen (‘caucusing’) wurde angenommen. Zur besseren Koordination der regionalen Interessen formierten sich in diesen informellen Diskussionsrunden Staatenblöcke, welche dann gemeinsame Resolutionsentwürfe ausarbeiten.

Arbeitspapiere machten die Runde und Vertreter der einzelnen Blöcke warben um Unterstützung für ihre Vorhaben, denn um aus den ‘working-papers’ ‘draft-resolutions’ werden zu lassen – sprich: diese zu einer offiziellen Diskussionsgrundlage zu erheben – bedarf es des Signums eines Viertels der Delegierten. Ist diese Zahl erreicht, kann das Papier dem Vorsitzenden übermittelt werden, der daraufhin über dessen Annahme als ‘draft’ entscheidet und es allen Mitgliedern

zukommen lässt. Unerwarteter Weise waren es schließlich 37 Arbeitspapiere, die es nach dem Kriterium „Anzahl der Signatarstaaten“ zu einem Resolutionsentwurf gebracht hätten – wäre da nicht der ‘director’ gewesen, der uns vor einer endlosen Marathonabstimmung hinter verschlossenen Türen warnte und somit den gesamten Diskussionsprozess erneut in Gang setzte – diesmal allerdings mit dem Ziel, die oft inhaltlich ähnlich gelagerten Ansätze zum Voranbringen der weltweiten Abrüstungsbestrebungen miteinander zu verbinden. Im Zentrum standen dabei vor allem 2 Themen: die Eindämmung der illegalen Verbreitung der sogenannten „small arms and light weapons“, sowie die Stärkung der Anti-Landminen-Konvention von Ottawa.

Da gerade letzterer Punkt zu Simbabwe Hauptanliegen gehört – hatte es doch als weltweit erster Staat ein Verbot für die Verwendung von Landminen in nationales Recht inkorporiert – engagierten wir uns auf diesem Gebiet natürlich besonders. So gelang es, trotz der relativ hohen Anzahl an federführend beteiligten Ländern, kleinen Arbeitsgruppen unter Moderation Simbawbes, die zwei größten Entwürfe zu einer tiefgehenden und dennoch konsensfähigen Resolution zu verschmelzen.

Aber auch auf den anderen Gebieten wurden Fortschritte erzielt, so dass dem Komitee am Ende nur noch sieben Resolutionen zur Abstimmung vorlagen. Neben den bereits erwähnten kamen dabei auch aktuelle Themen nicht zu kurz. So fand ein Aufruf zur Beseitigung und Ächtung jeglicher radioaktiver Munition breite Zustimmung unter den Delegierten.

Mehr als ein Tagesordnungspunkt konnte jedoch aus Zeitgründen nicht diskutiert werden – was nicht zuletzt mit dem taktischen „Miss“-Brauch der ‘rules of procedure’ und der konsequenten Einhaltung des basisdemokratischen Grundprinzips der Vereinten Nationen zu begründen war.

(Katja Weigelt und Cornelius Hempel)

Simbabwe in der Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und ähnliche Intoleranz (WCR)

„As we see all around us, racism and racial discrimination continue unabated. Although we refer to our world as a global village, it is a world sadly lacking in the sense of closeness towards neighbour and community which the world village implies. In each region, and within all countries, there are problems stemming from either a lack of respect for, or a lack of acceptance of, the inherent dignity and equality of all human beings. Our world is witness to serious ethnic conflicts; to discrimination against minorities, indigenous peoples and migrant workers; the accusation of institutionalised racism in police forces; harsh immigration and asylum policies; hate sites on the Internet and youth groups promoting intolerance and xenophobia.“ Mary Robinson, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte

Bereits in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen ist verankert, dass Diskriminierung aufgrund von Rassenzugehörigkeit die menschlichen Grundrechte verletzt und bekämpft werden muss. Dennoch herrscht in großen Teilen der heutigen Welt eine intolerante, fremdenfeindliche Atmosphäre; ethnische Konflikte eskalieren zu Kriegen, Menschen werden aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder Rassenzugehörigkeit, ihres Alters, Geschlechts, oder ihrer Armut verachtet, gehasst, umgebracht. Um der Verstärkung dieser Tendenzen entgegenzuwirken, hat die Generalversammlung beschlossen, dass nicht nur die aktive Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz geplant und durchgeführt, sondern auch Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Entstehung und zur Unterstützung nach Anerkennung strebender Gruppen in drei Dekaden erdacht und ergriffen werden sollen. Als Abschluss dieser drei Dekaden findet vom 31. August bis zum 8. September 2001 in Durban (Südafrika) die Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und ähnlicher Intoleranz statt. An dieser Konferenz nehmen alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teil, außerdem sind alle Nichtregierungsorganisationen und Beobachterstaaten eingeladen und aufgefordert, sich aktiv zu beteiligen.

Eine Vorab-Simulation dieser Weltkonferenz ist äußerst naheliegend, zum einen da das außerordentlich interessante und vielschichtige Thema jeden einzelnen Menschen betrifft, zum anderen, da eine Gruppe von unerfahrenen und damit auch unvoreingenommenen Jugendlichen sicherlich die eine oder andere Idee entwickelt, die auf der „echten“ Konferenz durchaus Beachtung finden sollte.

Gerade deshalb hat es uns sehr gefreut (zu erfahren), dass wir Simbabwe bei NMUN in der WCR vertreten dürfen und dass die Verhandlungsergebnisse des Komitees durch den Direktor John R. Gagain, Jr. bei der WCR in Durban vorgestellt werden. Folgende Themen sollten der Diskussion in der WCR zugrunde liegen:

1. Prävention ethnischer Konflikte
2. Bestandsaufnahme auf dem Gebiet der doppelten Diskriminierung von Frauen und Kindern
3. Verhältnis von Rassismus und Armut

Die schnell beschlossene Tagesordnung sah die Reihenfolge 3,2,1 vor. Leider konnten wir aus Zeitgründen nur das 1. Thema (Verhältnis von Rassismus und Armut) besprechen. Auf diesem Gebiet jedoch entstanden einige sehr detaillierte Berichte, die vor allem viele Aktionsvorschläge enthielten, wie z.B. die Einrichtung eines Stipendienfonds, der ambitionierten Schülern aus Drittweltländern den Besuch einer höheren Schule in Europa ermöglichen soll, mit dem Ziel, sie später als Lehrer in ihren Heimatländern einzusetzen. In der formalen Debatte wurden hauptsächlich der Stellenwert von wirtschaftlicher Entwicklung, (Aus-)bildung und

Gesundheitsversorgung im Prozess der Entstehung, sowie die Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus andererseits diskutiert.

In seinen Berichten unterstreicht die Konferenz die Notwendigkeit, sich aktiv am Kampf gegen Rassismus zu beteiligen und fordert Regierungen und Regierungsorganisationen der einzelnen Länder, Nichtregierungsorganisationen, die Organe der Vereinten Nationen aber nicht zuletzt auch jeden einzelnen Menschen dazu auf, die Menschenrechte zu achten und der Diskriminierung von Minderheiten entgegenzuwirken. Simbabwe hat vor allem in der informellen Debatte eng mit zahlreichen afrikanischen Ländern zusammengearbeitet und mit diesen gemeinsam einen Bericht über die verschiedenen Schichten in der Gesellschaft verfasst, die durch einen unterschiedlichen Lebensstandard wie auch Zugang zu Lebensmitteln, Medikamenten und Bildung voneinander getrennt sind – ein gesellschaftliches Phänomen, das sicher eine der Wurzeln von Neid und Hass ist. Nicht selten sind diese Schichten auch die Trennlinien zwischen unterschiedlichen ethnischen oder religiösen Gruppen: aus Neid wird Diskriminierung, aus Hass Rassismus. Konsequenterweise muss, will man Rassismus nicht nur oberflächlich sondern bis an seine Wurzeln bekämpfen, hier angesetzt und von unten nach oben die einzelnen Stufen auf ein Level gebracht werden.

Mit dieser Beschreibung und der Forderung an die internationale Gemeinschaft, sich an ihr zu orientieren, richteten wir uns an die gesamte WCR, die den Bericht nahezu einstimmig annahm und ihn noch um eine Passage mit dem Titel 'Eingeborene und entwurzelte Menschen' erweiterte. Auch unterstrich das Komitee die Souveränität der einzelnen Staaten in den einleitenden Worten des Gesamtberichts, was nicht zuletzt auf Anregung von Simbabwe geschah und ihn zu unserer vollen Zufriedenheit abrundete.

(Carla Cederbaum und Martin Brösamle)

Simbabwe in der Sondersitzung über Istanbul+5

Die nachhaltige Entwicklung menschlicher Siedlungen in der Zukunft - das ist die zentrale Zielsetzung des HABITAT-Komitees, dessen letzte Konferenz 1996 in Istanbul stattfand. Fünf Jahre später, 2001, steht nun die Nachfolgekonferenz "Istanbul+5" an, in der die bisher erreichten Ergebnisse überprüft, bewertet und daraus Konsequenzen für die zukünftige Arbeit gezogen werden sollen. Demnach waren folgende Themen zur Diskussion gestellt:

1. Einfluss von Wanderbewegungen auf Stadtentwicklung
2. Verwendung natürlicher Ressourcen
3. Megastädte

Da alle UNO-Mitgliedsstaaten sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in diesem Komitee vertreten sind, betrug die Delegiertenzahl auch bei der UNO-Simulation beinahe 400 Personen. Da dies für ein Gremium, in dem alle Entscheidungen einstimmig getroffen werden sollen, doch eine beträchtliche Herausforderung darstellt, verwundert es, dass die Festlegung der Tagesordnung rasch und ohne größere Diskussionen erfolgte.

Der Republik Simbabwe kam es sehr entgegen, dass der Umgang mit natürlichen Ressourcen an die erste Stelle der Agenda gewählt wurde, konnte doch in diesem Zusammenhang dem Anliegen genügend Aufmerksamkeit gewidmet werden, das für Simbabwe von größter Bedeutung ist: die internationale Staatengemeinschaft von der Notwendigkeit der lange anstehenden Landreform zu überzeugen und sich Unterstützung anderer Regierungen zu sichern. Aus diesem Grund konzentrierten wir uns darauf, dass nicht nur Regelungen über die absolute Menge der zur Verfügung stehenden Ressourcen, sondern auch deren effiziente und vor allem gerechte Nutzung und Verteilung in angemessener Form Eingang in den Abschlussbericht des Komitees finden würde. Hier galt es zu betonen, dass nachhaltige Landnutzung zur Verhinderung von Abholzung, Verwüstung und der daraus resultierenden Wasserknappheit mit ihren verheerenden sozialen Folgen beiträgt.

Auch beim zweiten Tagesordnungspunkt, "Einfluss von Wanderungsbewegungen auf die Stadtentwicklung" hätten sich unsere politischen Forderungen gut einbringen lassen (unsere Landreform vermindert die Landflucht durch Schaffung von Perspektiven für die Armen in agrarischen Gebieten), aber leider kam es aufgrund der begrenzten Zeit nicht mehr zu einer Diskussion im Plenum.

Oft war der Ablauf der Konferenz weniger von sachlichen Diskussionen als von taktischen Scharmützeln geprägt: Anträge zur Änderung der Redezeit oder zur vorübergehenden Aussetzung der Sitzung zum Zwecke informeller Konsultation sowie die Feststellung der Anwesenheit beanspruchten einen großen Teil der Sitzungszeit, sodass zum Beispiel am ersten Sitzungstag binnen vier Stunden nur zwei Redner die Chance erhielten, jeweils eine Minute vor dem Plenum zu sprechen.

Nichtsdestotrotz gelang es, einen umfangreichen Bericht zur Situation menschlicher Siedlungen zu erstellen, in dem viele der vorhandenen Probleme angesprochen und mögliche Lösungen aufgezeigt wurden. Zur bitteren Wahrheit der Vereinten Nationen gehört allerdings auch, dass eine Vielzahl von Beschlüssen wie auch die der HABITAT-Konferenz lediglich Empfehlungscharakter besitzen und somit jeglicher Verbindlichkeit entbehren.

(Constanze Haug und Benjamin Pohl)

Simbabwe in der Ministerialkonferenz der Welthandelsorganisation

(In diesem Kapitel das Bild „WTO Delegierte.png“ einfügen. Bildunterschrift: Delegierte der WTO-Ministerialkonferenz. Zweiter und dritter von links: Jan Rieländer und Klaus Brösamle)

Die Ministerialkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) besteht aus den zuständigen Ministern für Wirtschaft und Handel der Mitgliedsstaaten und ist das höchste Entscheidungsgremium der WTO. Ihre Beschlüsse werden im Konsensverfahren erreicht und gelten als bindend für alle Mitglieder. In der Regel tritt die Konferenz alle zwei Jahre zusammen; das letzte Treffen in Seattle 1999 erlangte traurige Berühmtheit, was sich dieses Jahr in Katar hoffentlich nicht wiederholt, da die WTO zu große Verantwortung für wichtige Fragen über die Zukunft der internationalen Staatengemeinschaft hat, als dass sie ihre Glaubwürdigkeit noch weiter zu verschlechtern darf.

Bei NMUN 2001 ist die Ministerialkonferenz zusammengetreten, um neue Strategien, Handlungen und Aufgabenbereiche für die folgenden Themen zu erarbeiten:

1. Allgemeines Abkommen über Dienstleistungshandel (GATS) – Verhandlungen für die Zukunft
2. Globale ökonomische Ungleichheit
3. Umweltaspekte des Handels

Im Gegensatz zu vielen anderen Komitees, die mehrere Resolutionen zu Teilthemen verfassen und diese mit einer 50%-Mehrheit verabschieden mussten, waren wir dazu angehalten, je einen Report über möglichst jedes Thema mit einer 2/3-Mehrheit zu bestätigen.

Am ersten Abend fand eine Abstimmung über die Tagesordnung statt, die mit einer großen Mehrheit für die Themenfolge 2, 1, 3 endete. Da die Diskussion um die Setzung der Tagesordnung glücklicherweise sehr schnell verlief, konnten wir bald mit dem Einstieg in die inhaltlichen Verhandlungen beginnen.

Als Vertreter Simbabwes war es uns natürlich sehr recht, dass das erste Thema auf der Tagesordnung entwicklungspolitischen Inhalt hatte, denn in diesem Bereich galt es viele grundlegende simbabwische Interessen einzubringen und zu vertreten.

Die abgeschotteten Märkte für arbeitsintensive Güter vieler Industrieländer stellen seit langem ein großes Problem für Export- und somit Entwicklungschancen billiger produzierender Länder wie auch Simbabwe dar. Ebenso sind die Regelungen bezüglich des internationalen Patentrechts innerhalb der WTO („Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights“ -

TRIPS) für afrikanische Länder von großer Wichtigkeit, denn hier wird derzeit der legale Zugang zu bezahlbaren AIDS- Medikamenten behindert, die in Simbabwe dringendst benötigt werden.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt ist die gesonderte Behandlung der ärmsten Länder, ('Least Developed Countries' - LDCs) bei Marktöffnungsprogrammen der Industrieländer und in der Schuldenerlassfrage. Simbabwe gehört nicht zu dieser Länderkategorie, sondern stand lange im afrikanischen Vergleich gut da; aufgrund der aktuellen Krisen in den letzten Jahren erfuhr es jedoch eine dramatische Verschlechterung der ökonomischen Situation. Daher wird von der Regierung eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen durch eine ausgeprägte Sonderbehandlung der LDCs befürchtet. Aufgrund dessen setzten wir uns immer wieder für individuelle Einschätzung und Behandlung in allen Bereichen ein.

Großes Interesse hatten fast alle Vertreter in der Ministerialkonferenz an der Verankerung von Richtlinien bezüglich ausländischer Direktinvestitionen ('Foreign Direct Investment' - FDI) innerhalb des WTO Regelwerks. Für Simbabwe ist dies wegen der momentan sehr schlechten Investitionslage von großer Bedeutung, (wobei man FDI in Simbabwe derzeit nur durch die Klärung der politisch unberechenbaren Situation anregen könnte.)

In vielen dieser Punkte bestand eine weitgehende Übereinstimmung zwischen unserer Haltung und derjenigen vieler anderer Entwicklungsländer, was zu einer sehr günstigen Verhandlungs- und Arbeitsbasis für den gesamten Block der G-77-Staaten* führte. Durch enge Zusammenarbeit und konstanten Dialog wurden inhaltsreiche und ausgereifte Papiere erarbeitet und verabschiedet. Bereits vor der Abstimmung waren viele verschiedene Meinungen und Ideen gegeneinander abgewogen und in einem Papier vereint worden, wodurch ein allumfassender 'draft-report' schließlich als Gesamtergebnis verabschiedet werden konnte. Den Konsens innerhalb der G-77-Staaten* feierten wir als historischen Augenblick, da es seit langem wieder gelungen war, die Interessen dieser Länder gemeinsam zu formulieren und durchzusetzen.

Bis zum Moment der Abstimmung waren allerdings eine Vielzahl anstrengender Schritte unternommen worden, um die verschiedensten Vorstellungen der einzelnen Entwicklungs- und Schwellenländer einzubeziehen. So kam es zu einem spannenden Endspurt, in dem die lateinamerikanische Ländergruppe nach einer harten Kompromissverhandlung letzten Endes doch noch mit ins Boot genommen werden konnte, um so die nötige 2/3-Mehrheit für unseren Report zu sichern. So viele ähnliche, im Detail jedoch oft unterschiedliche Forderungen zufriedenstellend zu kombinieren und zu vereinen, führte unweigerlich zu einer Abflachung des Ergebnisses. Trotzdem sahen wir in diesem Kompromiss unter Berücksichtigung der knapp bemessenen Zeit und des starken Widerstands besonders der EU-Länder die beste Möglichkeit, unsere Interessen zumindest teilweise durchzubringen.

Aus simbabwischer Sicht können wir mit diesem in vielen Teilen groben Report sehr zufrieden sein, da wir unsere Arbeit auf sehr spezielle Themenbereiche gelenkt haben, in denen wir schnell

als „Experten“ und Ansprechpartner aller akzeptiert wurden und dadurch auf die Ergebnisse dieser Teilthemen entscheidenden Einfluss ausüben konnten.

Unsere Schwerpunkte lagen vor allem in den Bereichen des Internationalen Patentschutzes (TRIPS) und der Direktinvestitionen (FDI), die wir im gemeinsamen 'draft-report' maßgeblich formulierten und auch nach unseren Vorstellungen zum Abschluss bringen konnten. Ein weiterer Fokus unserer Mitarbeit lag auf der Ausarbeitung eines Kapitels über Schuldenerlass.

Da in der Ministerialkonferenz nur zwei Delegierte pro Land anwesend sein durften, konnten wir bei der Ausarbeitung anderer Themenbereichen nur am Rande auftreten und gegebenenfalls Änderungen fordern. Damit setzten wir großes Vertrauen in die Kompetenz anderer G-77-Vertreter*, alle anderen Themen zufriedenstellend zu behandeln. Die Ergebnisse in den anderen Themenbereichen bestätigen dieses Vertrauen.

Große Spannung kam gegen Ende auf, als wir noch 45 Minuten Zeit hatten, um einen der beiden 'draft-reports' zu verabschieden. Obwohl von der zeitintensiven Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, über einige Teile des Papiers separat abzustimmen, reichte unser Vorteil aus, den G-77-Entwurf* als erstes eingereicht zu haben. Er wurde angenommen, während es nicht mehr zur Abstimmung über das Gegenpapier der Europäischen Länder (die USA hatten sich der Gruppe der Entwicklungsländer angeschlossen – und später als Gesamtdelegation eine Auszeichnung bekommen) kam.

Die WTO Ministerialkonferenz war unserer Einschätzung nach ein Komitee, das auf hohem Niveau intensiv arbeitete und dessen Teilnehmer in vielen Bereichen eine große Kompetenz an den Tag legten, was zu sehr interessanten Diskussionen und handfesten Ergebnissen führte. So brachte die Teilnahme für uns einen beachtlichen Zuwachs an fachlicher und verhandlungstaktischer Kompetenz sowie natürlich jede Menge Spaß.

**) Die hier als G-77 bezeichneten Länder oder Delegationen entsprechen nicht exakt den Mitgliedsländern der internationalen Allianz, wohl aber decken sich ihre Interessen weitgehend.*

(Jan Rieländer und Klaus Brösamle)

Simbabwe in der Gruppe der 77

Erstmals seit mehreren Jahren wurde bei der NMUN-Konferenz wieder die Gruppe der 77 simuliert. Diese Allianz der Entwicklungsländer existiert seit 1964 und wurde oftmals als „Gewerkschaft der Dritten Welt“ bezeichnet. Ihre Aufgabe besteht darin, eine gemeinsame Verhandlungsposition gegenüber den Industrieländern festzulegen, um somit innerhalb der UNO und anderer Organisationen mit einer einzigen Stimme sprechen zu können.

Da sich die Gruppe der 77, deren Name sich von der ursprünglichen Mitgliederzahl ableitet, vornehmlich mit wirtschaftlichen Themen befasst, waren die folgenden drei Themen für die Tagesordnung vorgesehen, von denen das Erste auch als erstes behandelt wurde:

1. Auslandsschulden
2. Ökonomische Auswirkung politischer Instabilität und Korruption
3. Verlässliche Gesundheitssysteme

Zieht man in Betracht, dass heute über 130 Staaten in der Gruppe der 77 zusammengeschlossen sind, in denen vier Fünftel der Weltbevölkerung leben (die VR China ist partizipierendes Nicht-Mitglied), so könnte man meinen, dass es bei dieser Verhandlungsmacht leicht fallen würde, einen umfassenden Schuldenerlass für die ärmeren Mitgliedsstaaten zu erwirken.

Doch wer sich erinnert, wie schwer es bereits der Europäischen Union bei 15 Mitgliedsstaaten fällt, einen Konsens zu finden, der kann sich leicht das Chaos ausmalen, das bei der Verhandlung einer derart wichtigen Frage zwischen über 130 Ländern herrscht.

Und somit wurden von vielen in ihren Länderrollen eifernden Rednern Initiativen zum Schuldenerlass als unzureichend abgetan oder als Durchbruch gefeiert, der Internationale Währungsfond (IWF) verdammt oder gelobt, die Weltbank angegriffen oder verteidigt, je nachdem, ob der betreffende Staat von der derzeitigen Weltfinanzordnung profitiert oder nicht.

Simbabwe setzte sich als glühender Verfechter der Süd-Süd-Kooperation natürlich für die Interessen der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) seiner Nachbarregion ein und plädierte in Verbindung damit für die individuelle Behandlung aller ärmeren Länder. Dabei spielte natürlich auch eine gewisse Rolle, dass angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung meiner Meinung nach gute Aussichten bestehen, dass Simbabwe langfristig vielleicht selber zu dieser Gruppe gehören könnte. Derzeit hat Harare zudem keinen Zugang zu Krediten oder Hilfsprogrammen des IWF oder der Weltbank, da es die Bedingungen der Geberländer dieser Institutionen nicht erfüllt, die auf strikte Rechtsstaatlichkeit pochen und auf einen Machtwechsel zugunsten der Opposition in Simbabwe hinarbeiten.

Am Ende der Verhandlungen blieb gemäß den Erwartungen nur der kleinste gemeinsame Nenner übrig, der wenig mehr als ein Lippenbekenntnis zur Notwendigkeit einer Verbesserung der Verschuldungssituation darstellte sowie ein Sammelsurium der von der Gruppe der 77 seit langem vertretenen Forderungen wie z.B. die Demokratisierung von IWF und Weltbank, verbesserter Zugang zu den Märkten der Industrienationen und der Ruf nach mehr Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen. In der wirklichen Welt weichen viele Staaten später selbst von diesem Minimalkonsens noch ab.

Auch wenn die *NMUN*-Konferenz nicht gerade zu überschäumendem Optimismus über die Kooperation der Entwicklungsländer geführt hat, so war die Teilnahme dennoch eine unschätzbare Erfahrung. Gerade die Tatsache, in einem Komitee zu arbeiten, in dem andere Staaten als die Industrienationen eine Führungsrolle übernehmen, stellte den besonderen Reiz der Gruppe der 77 dar und machte den Perspektivenwechsel komplett. Denn wann kommt man sonst in die Situation, dass es bei einem neu eingebrachten Vorschlag zur Selbstverständlichkeit wird, sich zu fragen, welche Auswirkungen dieser auf die Wirtschaft der Länder des südlichen Afrikas hätte?

(Mathias Roth)

Simbabwe in der Organisation für Afrikanische Einheit

Die Organisation für Afrikanische Einheit (Organisation of African Unity) wurde 1963 von 35 afrikanischen Staaten mit dem Ziel gegründet, den Dekolonialisierungsprozess weiter voranzutreiben, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten und die Entwicklung zu fördern. Dabei einigte man sich darauf, die von den vormaligen Kolonialmächten oft willkürlich gezogenen Grenzl意思ien beizubehalten, um der Gefahr von zwischenstaatlichen Territorialkriegen vorzubeugen.

Der bedeutende Vorteil dieser Maßnahme lag in der tatsächlichen Stabilisierung des jungen afrikanischen Staatengefüges, welches nur eine sehr kleine Anzahl territorialer Auseinandersetzungen seit der Mitte der 60er Jahre ausstehen hatte. Ein wesentlicher Nachteil ist indes der Umstand, dass durch die Übernahme der Grenzmarkierungen ganze Volksgruppen und Ethnien gleichsam auseinandergerissen wurden, oder aber Stämme zu einem Staatsvolk zusammengefasst wurden, die bereits seit Jahrhunderten in blutige Rivalitäten verstrickt waren (z.B. die Tutsi-Hutu-Problematik in Ruanda). Auf diese Weise ist zu erklären, warum gerade in Afrika die Mehrzahl aller auf diesem Planeten ausgetragenen Bürgerkriege zum Ausbruch kommen: es ist der ethnischen Gemengelage geschuldet. Innerstaatliches, nicht zwischenstaatliches Blutvergießen ist demnach ein großes Hindernis für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung auf dem „schwarzen Kontinent“. Obwohl die OAU mit Sitz in Addis Abeba, der Hauptstadt Äthiopiens jährliche Gipfeltreffen abhält, an denen alle afrikanischen Regierungschefs teilnehmen und miteinander die drückenden Problemfelder erörtern, ist bislang wenig Zählbares herausgekommen. In Sierra Leone, Angola sowie im Sudan toben nach wie vor blutige Kriege, Dürre sucht das Horn von Afrika heim und verursacht Hungersnöte und Elend, Mozambique versinkt in den Fluten des Sambesi und nicht zuletzt wäre da noch der Schrecken der Seuche AIDS, die drauf und dran ist, ganze Landstriche zu entvölkern. Neben dem menschlichen Leid, das diese Pandemie mit sich bringt, dürfte der rapide abnehmende Bestand an Arbeitskräften in absehbarer Zeit zu einer erheblichen ökonomischen Notlage

besonders im Süden des Kontinents führen. Man erkennt schnell: die Probleme Afrikas sind mannigfaltig und nicht alle konnten während der viertägigen Verhandlungsperiode angesprochen werden.

Dennoch möchte ich festhalten, dass mich die Arbeit innerhalb dieses Ausschusses und die vorangegangene Vorbereitung, die ja speziell auf das von uns zu vertretende Land Simbabwe abzielte, stets erfüllt und interessiert hat; eben weil ich dadurch tiefe Einblicke in die afrikanische Misere erhielt.

Zur Debatte standen bei der diesjährigen *NMUN*-OAU-Versammlung drei Themenbereiche, die ganz zu Beginn, in Form einer Abstimmung über die Tagesordnung, in eine feste Reihenfolge gebracht wurden.

1. Vermeidung von ethnischen Konflikten
2. Reaktionsmechanismen bei komplexen Notfällen (Natur- / Flüchtlingskatastrophen)
3. Menschenrechte

Wir stiegen in dem Bereich ethnische Konfliktvermeidung ein, und alsbald entbrannte eine feurige Debatte darüber, wie man diese Zielvorgabe am effektivsten erreichen könne. Der Ausschuss teilte sich je nach Ansichten und Überzeugung in unterschiedliche Delegiertengruppen ein. So vertrat beispielsweise die Delegierte Süd-Afrikas die Auffassung, dass Frieden und Sicherheit nur auf wirtschaftlichem Wohlergehen fußen und mithin letzteres die oberste Priorität besäße. Wieder andere, vornehmlich Repräsentanten teilnehmender Nicht-Regierungsorganisationen sahen die Einhaltung der Menschenrechte als Stabilitätsgaranten.

Noch in Deutschland hatte ich mir, den Punkt ethnischer Konflikt betreffend, eine gewisse Vorgehensweise zurechtgelegt, die selbstverständlich so weit wie irgend möglich mit der realen simbabweischen Position in dieser Angelegenheit konform gehen sollte. Als Abgesandter dieser Nation im südlichen Afrika, postulierte ich die Schaffung von sub-regionalen Sicherheitsorganen: Die OAU ist zu groß, als dass sie sich auf lokale Krisenherde konzentrieren könnte. Algerien, als nordafrikanisches Land, ist von bewaffneten Auseinandersetzungen im Süden des Kontinents (wie etwa im Falle des Kongo-Krieges) kaum betroffen und besitzt demzufolge nur wenig Interesse an einer solchen Problematik. Aus diesem Grunde erachtete ich es als notwendig, bestehende sub-regionale Organisationen, wie die SADC (Southern African Development Community) oder ECOWAS (Economic Development Community of Western African States) auszubauen und ihnen gewisse sicherheitspolitische Kompetenzen zu übertragen, wie beispielsweise die Aufstellung einer regionalen Eingreiftruppe. Gerade dieser Gedanke vermochte, es viele Anhänger zu gewinnen, da eine große Anzahl Delegierter dem Leitsatz „Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ verhaftet zu sein schienen, den ich während meiner ersten Ansprache vor dem Komitee formulierte. Mein Vorschlag der kollektiven Sicherheit war mit diesem Schlagwort

durchaus kompatibel. Letztlich ist es der breiten Unterstützung des OAU-Ausschusses zu verdanken, dass mein Entwurf zu einer vollständigen Resolution umgewandelt und anschließend auch verabschiedet werden konnte.

Die Verhandlungstage bei *NMUN* waren hart, arbeitsreich, doch in einem enormen Maße gewinnbringend. Ein Blick hinter die Kulissen des diplomatischen Parketts - wo sonst sollte man ihn besser erhaschen dürfen, als bei einem solchen Ereignis?

(Conrad Häbler)

Wie alles begann

(Hier Bild „baum_in_greenwich.png“ einfügen Bildunterschrift: NMUN 2001 – ein gutes Stück Arbeit mit sehr viel Spaß. (Klaus Brösamle und Cornelius Hempel))

(Hier Bild „flughafen.png“ einfügen Bildunterschrift: Akten, Anzüge und was man sonst noch braucht – Conrad Häbler, Jan Rieländer und Claus Becker am Flughafen New York.)

Die Idee, mit zwölf hochmotivierten StudentInnen und Zivildienstleistenden unter Trägerschaft des *JGW e.V.* im Frühling des Jahres 2001 zehn höchst anstrengende aber natürlich auch interessante und bereichernde Tage in New York zu verbringen, war schon vor über einem Jahr angeregt worden. Der tatsächlich realisierte Rahmen war vorher nicht im Geringsten abzusehen, die Gruppe und ihre Größe nicht erdenkbar gewesen und die Umsetzung des ganzen Vorhabens stand noch einige Male auf höchst unsicherem Fundament, doch waren Motivation, Glück und Einsatz am Ende doch stärker als jegliche Hindernisse.

Eine Freundin erzählte mir im Oktober 1999 von einer gigantischen UNO-Simulation, an der sie teilnehmen würde und für die sie in den nächsten Monaten sehr viel zu tun hätte. 2500 Studenten aus aller Welt würden in ihren Gruppen jeweils ein Land vertreten und in Modellverhandlungen UN-Diplomatie üben. Auf einen hohen Grad an Professionalität ließ der angeblich immense Arbeitsaufwand der einzelnen Teilnehmer schließen. Als meine Anfrage nach Details nur kurz und bruchstückhaft beantwortet wurde, imaginierte ich, es müsse sich um etwas sehr Erfahrungsintensives und Besonderes handeln; insbesondere verstärkte sich dieses Bild, da ich noch nie von etwas Vergleichbarem gehört hatte. Mein großes generelles Interesse für Weltpolitik und internationale Beziehungen erklären ebenfalls die Faszination, die das Projekt auf mich ausübte; mehr jedoch erklärt es meine nächsten beiden Fragen: „Ist das einmalig oder regelmäßig?“ und „Wer kann daran teilnehmen?“.

Diese Begeisterung, die zunächst noch unfundiert war und unbegrenzt Raum ließ für meine Erwartungen und Vorstellungen, ist bald in einen Willen umgeschlagen, der die Teilnahme an der Konferenz zu einem jener Ziele machte, von denen ich mich schwer abbringen lassen würde. Entsprechend lange konnte sie auch erst einmal ruhen, ohne an Deutlichkeit zu verlieren. Im April 2001 sollte die nächste Veranstaltung in New York stattfinden und bis dahin war noch mein Abitur zu bestehen und ein Auslandsaufenthalt zu organisieren. Außerdem ging ich, natürlich nur aus dem hohlen Bauch heraus, eher davon aus, nicht in meiner Zivildienstzeit, sondern im frühen Studium dem schlummernden Antrieb nachzugeben.

Bevor ich den Entschluss endgültig fasste, das *NMUN*-Projekt im Jahr 2001 anzugehen, trugen lediglich zwei Informationsquellen zur Erweiterung und Konkretisierung meines Bildes des Vorhabens bei: Eine im amerikanischen Stil glorifizierende Internetseite über die Konferenz und die nicht besonders inhaltsschwangeren Erzählungen jener Freundin, die neben ihrer stark positiven Bewertung der Gesamterfahrung auch ihre „Ent“-Täuschung ihrer, durch die Glorifizierung entstandene Erwartung und ihre Vorbehalte gegenüber einer starken amerikanischen Dominanz, ausdrückte. Es blieb mir also nichts anderes übrig, als den möglichen Differenzen zwischen meinem Bild und der Realität selbst auf den Grund zu gehen.

Im August 2000 befand ich mich gerade in La Paz, Bolivien und dachte darüber nach, wie ich denn die drohende geistige Leere des Zivildienstes nach meine Auslandsaufenthalt überwinden könnte. Dabei stieß ich auf die Erinnerungsnotiz über die UN-Konferenzsimulation, die mir zudem mitteilte, dass zu diesem Zeitpunkt die Aktualisierung der Internetseite für die Anmeldungen 2001 vorgenommen sein müsste. Selbst der langsamste Internetzugang der Welt hinderte mich nicht daran, die nötigen Details in Erfahrung zu bringen, die mir sogleich vor Augen führten, dass höchste Eile geboten war.

Die Möglichkeit, sich einer anderen Gruppe anzuschließen verwarf ich schnell, da ich weder zum Träger der Gruppe meiner Freundin noch irgendeiner Universität ausreichende Verbindungen hatte. Aber was nun? Ich könnte eine neue Uni-unabhängige Gruppe organisieren und nach New York bringen. Doch würde ich ca. 8 bis 30 Interessenten finden und als Gruppe zusammenbringen können? Wie wäre die Finanzierung zu sichern? Welche Probleme würden sich mir noch in den Weg stellen? Ist die ganze Idee überhaupt realistisch???

Ich schilderte meine Idee per E-Mail auf der Diskussionsplattform (Mailingliste) des *Clubs der Ehemaligen (CdE)* der *Deutschen SchülerAkademie*, auf der ich mich hin und wieder an diversen Diskussionen beteiligt hatte und somit auch wusste, dass ich hier am ehesten die Chance auf positiven Respons bekommen könnte.

Wieder auf südamerikanische Kommunikationstechnologie angewiesen lud ich die Informationsbroschüre mit den Anmeldeunterlagen in Bolivien aus dem Internet arbeitete sie durch. Der Termin für die Erstanmeldung und meine Rückkehr lagen glücklich; ich hätte sechs

Tage um von Deutschland aus die mögliche Gruppengröße zu kalkulieren und die Bewerbung zu schreiben. Das könnte funktionieren...

Als ich zurückgekehrt war, hatte ich schon einige Interessensäußerungen empfangen, allerdings deutlich weniger als ich erwartet hatte. Gerade einmal sieben Personen zählte meine Interessentenliste, als ich mir gründlich überlegte, ob ich die nennenswerte Anmeldegebühr aus eigener Tasche auf gut Glück bezahlen, oder die Idee lieber verwerfen sollte. Des Öfteren habe ich die Entscheidung später noch in Frage gestellt, die ich damals letzten Endes getroffen habe.

Ich rang mich dazu durch, das Risiko einzugehen und schrieb in der Bewerbung, dass wir eine Gruppe von zehn bis fünfzehn (!) Delegierten stellen könnten. Außerdem musste ich zugeben, dass keiner unserer Gruppe irgendwelche MUN-Erfahrung hätte und dass eigentlich nur das verlässliche Engagement der in der Gruppe überwiegenden Ehemaligen der *Deutschen SchülerAkademie* für unsere Teilnahme sprächen. Eher geringere Aufmerksamkeit schenkte ich den Länderpräferenzen, da es mir auf die Teilnahme und nicht auf eine spezielle diplomatische Mission ankam. Mit dieser Gruppengröße blieben uns die kleineren Staaten zur Auswahl und so einigten wir uns per „E-Mail-Demokratie“ auf hauptsächlich afrikanische.

Ein paar Wochen strichen ins Land. Wochen, in denen Pläne für die Sponsorsuche aufgestellt und wieder verworfen wurden; in denen noch Interessenten hinzu kamen, aber auch andere absprangen; Wochen in denen *NMUN* zeitweise meine gesamte Gedankenkapazität in Anspruch nahm, aber auch Zeiten, in denen ich fast vergaß, welche Lawine ich losgetreten hatte. Skeptische Gedanken mischten sich auch immer wieder unter die ungetrübte Zuversicht, im April endlich in den Verhandlungen zu stehen: Zum Beispiel war es ohne Vergleiche aus vorigen Jahren oder mit anderen Gruppen schwer festzustellen, ob die Fluktuation zu hoch war. Mir persönlich war sie zu hoch, doch das konnte ich nicht beeinflussen. Ich wollte schließlich mit einer Gruppe zur *NMUN*-Konferenz, da drückte ich viele Augen zu, die Organisationsprobleme an einigen Stellen sahen.

So zog sich die Zeit dahin, bis ich schließlich einen dicken Umschlag aus New York erhielt. Dick – also eine Zusage mit weiterem Info-Material?!? Genau das war es. Wir hatten das Land Simbabwe zugeteilt bekommen, was durchaus unserem Präferenzbereich entsprach und mit einer minimal benötigten Delegiertenzahl von sieben durchaus vertretbar war.

Die darauffolgende Organisation war für einige Zeit von jeglichem Zweifel an der Umsetzung des Vorhabens befreit. Es war vollkommen klar, dass wir es schaffen würden. Es galt nur herauszufinden wie, und den Ablauf zu optimieren. Ein Meilenstein auf dem Weg zum Erfolg brachte die Erkenntnis, dass eine fundierte Fremdmittelfinanzierung nur in Zusammenarbeit mit einem gemeinnützigen Verein machbar sein würde. Spendenquittungen und Spendervertrauen waren zu essentiell und die Zeit zu knapp um irgendwelche Sonderwege zu gehen. Ein Trägerverein musste her! Der Verein *Bildung und Begabung e.V.* kam in Frage, der organisierend und

tragend für die *Deutsche SchülerAkademie* auftritt. Ebenso der Verein *Jugendbildung in Gesellschaft und Wissenschaft e. V.*, der eng mit dem *CdE* zusammenarbeitet. Letzterer lag aufgrund einiger relevanten Punkte näher: Der Vorstandsvorsitzende wohnte wie ich in Heidelberg und der gesamte Vorstand gehört eher unserer Generation an, was eine ausgewogene Zusammenarbeit gewährleisten würde. Zielsetzung des Vereins und Sinn des Projektes hätten keine größere Übereinstimmung aufweisen können, da es Ziel des *JGW e.V.* ist, genau solche Projekte entstehen zu lassen und zu fördern. Außerdem war auch finanzielle Unterstützung aus den zuteilungsfreien vorhandenen Mitteln abzusehen.

Und so wurde aus dem inzwischen relativ konstant 14 Personen zählenden, bunt zusammengewürfelten Haufen junger, engagierter Menschen (Zivildienstleistende mit den Studienzielen Internationale Wirtschaft & Politik, Filmmusikkomposition und Raumfahrttechnik sowie Studenten der Fächer Anthropologie, Mathematik, Physik und Internationale Beziehungen), der sich über Mailingliste und Mundpropaganda gebildet hatte, ein Pionierteam eines jungen deutschen Vereines – zusammengehalten durch das große Interesse an internationaler Politik: Die Gruppe *JGW-Germany* zur Teilnahme an der *National Model United Nations* - Konferenz 2001 in New York.

(Klaus Brösamle – Gruppenleiter / Head Delegate)

New York – Old Glory

Unwirklich erscheint die Umgebung, die sich unendlich wirkend um New York erstreckt. Leblose Industrieparks, die noch nie Schauplatz menschlicher Emotionen gewesen zu sein scheinen, Konturen einst natürlich entstandener Landschaft sind unter den Industrieanlagen nur noch wie eine von Efeu überwachsene Mauer zu erahnen. Jeder Raum und jede Gegebenheit ist zum größtmöglichen Zweck ausgebeutet, jeder Zufall ausgemerzt; sinnlos sind hier nur ungenutzte Zweckbauten - da sie abgenutzt und verfallen sind.

Und durch all diese Unwirtlichkeit kanalisieren breite Straßen anonymisierte Menschen in ihren Automobilen. Was gäbe es dort auch zu sehen; was wäre der Lohn, dieser Umgebung mit nicht-anonymisierter Wahrnehmung zu begegnen? Es gibt dort keine Überraschungen. Wie die Menschen dieses Landes hier das aufgegeben haben, worauf ihr ganzes Land nach wie vor aufbaut, darin liegt die Absurdität.

Ein Tunnel führt in das Herz New Yorks – in das sagemumwobene Manhattan. Sofort ist man umzingelt von Eindrücken des anhaltenden Lärmes, der Hektik, der Unüberschaubarkeit, des wahllosen Nebeneinander und der Schmutzdeligkeit. Durch den Tunnel ist kein Entkommen zurück – wohin auch?!?

Doch schnell findet man Gefallen an der Individualität, die sich jede Ecke auf dem monotonen Reißbrett vorbehält. In den Spuren der Zeit eines jeden Ladens, der noch keiner Kette einverleibt wurde, meint man die Mentalität der Emigranten von Einst zu erkennen. Deutlich sieht man die Unternehmerge Gedanken und die Hoffnung in den Köpfen der Gründer vor sich, die damals zur Etablierung jedes dieser Geschäfte geführt haben. Und gerade jene, die den American Dream vollendet vorgelebt haben, sind heute die wenig beeindruckenden – die, die es überall auf der Welt gibt.

Erschreckend muten die alten prächtigen Stätten der Stadt an. Sie vergehen allesamt; sie vergehen im Schein der Herbstsonne – New Yorks Jahreszeit. Denn der Frühling ist lange vorbei. Ein prächtiger Sommer folgte danach – voller Schönheit, voller Leben – erschreckend sind jedoch der Pragmatismus, die Traditionslosigkeit, die Unmenschlichkeit und die Rastlosigkeit dieser Stadt. Nicht, weil sie neu eingekehrter Ausdruck und Resultat des fortgeschrittenen Werdegangs sind. Nein, das sind sie in vielen Teilen der Welt. Auch nicht ihr absolutes Ausmaß. Dieses ist anderswo vergleichbar. Sondern weil sie allesamt, noch heute deutlich erkennbar, die Wärme des Sommers selbst waren – die Essenz des Ruhmes. Erschreckend sind sie, da man realisieren muss, dass sie schon vor 70 Jahren geherrscht haben und die Blätter nun fallen, wenn sie anderswo erst sprießen.

Wohin? Das zeigt uns New York. Ob wir wollen oder nicht...

(Klaus Brösamle)

Information und Adressen

Vorstandsvorsitzender des JGW e.V.:

Moritz Helmstädter E-Mail: helmstaedter@jgw-ev.de Tel.: 0 62 21 / 18 97 57

Gruppenleiter / Head-Delegate von JGW-Germany:

Klaus Brösamle E-Mail: info.broesamle@nikocity.de Tel.: 0 62 21 / 65 70 22

Pressereferenten von JGW-Germany:

Carla Cederbaum E-Mail: carlac@gmx.de Tel.: 07 61 / 2 92 52 03

Jan Rieländer E-Mail: jan.rielaender@t-online.de Tel.: 03 51 / 7 99 72 53

Der in der Tagesschau ausgestrahlte Bericht ist wie folgt abrufbar:

(Hier Bild „Dreharbeiten.png“ einfügen. Bildunterschrift: JGW-Germany beim Drehen für die Tagesschau vor dem UN-Gebäude.)

Anhang: Position Paper

Im Folgenden sind die im Vorfeld der Konferenz-Simulation eingereichten Positionserklärungen abgedruckt, die die Außenpolitik des Landes Simbabwe zum jeweiligen Thema grob umreißen und somit der Simulationsleitung eine gewisse Kontrolle über den Stand der Recherchen der einzelnen Delegationen gewährleisten.

POSITION PAPER FOR THE GENERAL ASSEMBLY PLENARY

The Republic of Zimbabwe regards it an honour to be part of the United Nations because of its undeniable importance for the dialogue between people of all nationalities and cultures. The agenda items to be discussed this year by the General Assembly Plenary are: The role of the United Nations in Combating Terror Violence, New International Economic Order and Humanitarian Intervention. The Republic of Zimbabwe, filled with the desire to realize peace, justice and esteem for the universal dignity of human beings all over the world, to distribute prosperity evenly among all regions and nations of the earth and to increase the friendship and respect between the states and cultures of mankind, takes the stand on the aforementioned topics as follows:

I. The Role of the United Nations in Combating Terror Violence

The Republic of Zimbabwe condemns terror violence to the utmost as it threatens the stability of nations and international peace and security. It is essential that all states cooperate to eliminate any form of terrorism and to implement the necessary international and bilateral instruments to combat acts of terror. The international cooperation should be under the guidance of the United Nations and be conform to principles of the United Nations Charter, international law and relevant international conventions.

Moreover we regret that the world community has not yet been able to define the term terrorism obligatory. For that reason we regard an internationally accepted definition of terrorism as indispensable to differentiate it from the legitimate struggle of people for freedom and self-determination.

To fight terrorists and their organizations we declare it as essential that all states act in a unified manner as terrorism is no longer restricted to a single country but is an international and border-crossing problem to be dealt with.

We also call on the United Nations Security Council to take measures to punish states, entities and organisations which promote international terrorism by harbouring or training terrorists. To provoke a state of terror in the general public is in any circumstance unjustifiable, whatever considerations or factors the terrorist name to justify them. The United Nations must not allow terrorists to succeed in their intentions. It is our task to secure a stable world community, which does not permit itself to be blackmailed by a small group of human beings.

We therefore welcome the attempt made by the United Nations General Assembly to establish *Measures to eliminate International Terrorism*² and support the *International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings*³ and the *International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism*⁴ and encourage all states to sign and ratify these conventions.

II. New International Economic Order

The Republic of Zimbabwe believes that the developing countries are put at a disadvantage by the current economic system. The industrialized nations and multinational enterprises are solely interested in exhausting our natural resources and exploiting our labour force, not in helping us to build a successful working economy. We also affix blame for the low GDP in the south to the remnants of colonialism.

² A/C.6/55/L.17

³ A/RES/52/164

⁴ A/RES/54/109

Therefore we demand that the sovereignty over natural resources including farm land be given back to the states. Although exporting raw material means currency to our countries this state of trade is not satisfying at all. It is essential that the developed countries transfer technology to the south in order to support the establishment and growth of processing industries.

Furthermore we regard an agreement ensuring fair prices in the international market as indispensable because the south needs to be treated as an equal partner.

We regret the poor response to the *Declaration of principles for a New International Economic Order*⁵. The few inconsequential reforms show the lack of interest of the industrialized countries to help improve the situation in the southern countries.

We must ask the world community to introduce the *New International Economic Order* fully to ensure a positive development in the third world.

III. Humanitarian Intervention

The Republic of Zimbabwe confesses to the inalienable rights of each human being, as stipulated in the Universal Declaration of Human Rights⁶ and the Convention on the Prevention and Punishment of Genocide⁷. We are determined to supervise respecting and ensuring these rights and, if necessary, to support peacekeeping activities by mandating own troops as done in the past, together with the other states of the African continent and the world community.

At the same time we affirm the invulnerable right of the peoples to self-determination and the principles of territorial integrity and political independence, pertaining disputes not only of one, but between single states, either. The use of military activities against single states can only take place in mandate and by explicit order of the United Nations with reference to the articles 39-42 of the UN charter, after all peaceful and diplomatic means have been abortive.

In the past military violence has been exercised in the name of humanity, which, however, only served for the realization of one state's or a group of states' economic or political aims. Those missions particularly even have been executed by regional organizations without prior mandate of the Security Council.

To avoid such a proceeding in the future, we want the Security Council to discharge the responsibility for the maintenance of international peace and security effectively and impartially. In the current 200-nation world the Security Council's composition, decision-making processes and its relation to the General Assembly have to be questioned especially in regard to questions of peacekeeping and humanitarian intervention. On the long run our aim is to enforce and expand the competences of the General Assembly to be able to discuss and to take decisions to humanitarian interventions or peacekeeping activities in a more democratic and representative scale.

Furthermore the United Nations have to take care, that single uninvolved states or regional organizations do not – as happened in the past – encroach military in an arbitrarily way and without any mandate of the United Nations in the domestic matters of other states. We demand a strictly demarcation of domestic, bi- or multilateral affairs on the one side and matters which are destabilizing and threatening for the world peace in fact. We postulate the fortification of the United Nations as a whole and – therein – especially the General Assembly against single hedonistic states and the explicit dissociation from arbitrary conducted military missions.

POSITION PAPER FOR THE GENERAL ASSEMBLY 1ST COMMITTEE

Aware of the major issues facing the International Community, such as the debate on nuclear disarmament, the rise of chemical and biological weapons and the dangers of uncontrolled spread of conventional weapons, Zimbabwe underlines its commitment to the promotion of international peace and security. As disarmament is a precondition for sustainable development and stability the General Assembly 1st Committee is without question one of the most important institutions for constructive discussions and negotiation of these issues. The republic of Zimbabwe's positions concerning this year's meeting will be pointed out in the following:

⁵ A/S-11/3

⁶ A/RES/217

⁷ A/RES/260

I. Follow-up to the NPT Review Conference: Towards Complete and Total Disarmament

Nuclear weapons create a vastly greater threat than any other weapons because of their indiscriminate nature. They create unnecessary suffering, utilize poisons or analogous substances, affect neutral states, are disproportionate or cause long term and serve damage to the environment. Radiation damages the genetic code in humans and other life forms. (Zimbabwe's complete presentation to the World Court in 1995; <http://www.prop1.org/prop1/zimbab-1.htm>) In this respect, the full and effective implementation of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT) and the international Atomic Energy Agency (IAEA) plays the pivotal role in strengthening the non-proliferation regime and promoting international peace and security. For that reason the Republic of Zimbabwe fully supports the Review Conferences of the parties of the NPT. Furthermore Zimbabwe demands the complete application of the IAEA safeguards to all source or special fissionable material in all peaceful nuclear activities in accordance with the provisions of article III of the NPT.

As a proud member of the African Nuclear-weapon-free Zone Treaty we are convinced that the Resolution for a Nuclear-weapon free southern hemisphere and adjacent areas (A/RES/55/33I) will constitute an important step towards promoting general and complete disarmament. But for the ultimate goal of a world entirely free of nuclear weapons the reduction of nuclear warhead stockpiles (with regard to START III) in the United States and the Russian Federation is a real necessity. Hence the Republic of Zimbabwe is anxious about the American plans for their National Missile Defence Programme (NMD) because it could strongly endanger the international non-proliferation and disarmament process, mainly the compliance of the 1972 Anti-Ballistic Missile (ABM) Treaty and the Strategic Arms Reduction Treaty (START II).

II. The Impact of Technology on International Peace and Security

With remembrance of the horrendous incidents and threats the apartheid brought over the lands of Africa, Zimbabwe welcomes the efforts which are undertaken in the international community to establish control measures against the spread of arms-technology and to foster the exchange of knowledge and data as a contribution to disarmament.

Being dedicated party to the Convention on Biological Weapons (A/RES/2826 (XXVI)) Zimbabwe appreciates the work the Ad hoc group in preparation of a protocol to the treaty has completed so far and urges all nations to strengthen their commitment to the completion of its rolling text which we consider as a viable basis for a fertile outcome of the 5th review conference of the treaty the end of 2001.

Zimbabwe also expresses its wish to have the attention focused on the consideration of goods classified as dual-useable in the framework of the Conventions on Biological and Chemical Weapons. Quite some of these are needed in the production of pharmaceuticals to fight against diseases such as HIV which are an increasingly rising menace to the African continent. Also the agricultural and industrial sector might be harmed by to harsh regulations. Nevertheless Zimbabwe still acknowledges that, bearing in mind their possible military applications, there is the great need to set up a group-independent control regime in the international community also for biological weapons as the Convention of Chemical Weapons, of which Zimbabwe is also proud party to, exemplifies.

III. Conventional Weapons Limitation and Disarmament

Having early recognised the threat that conventional weapons such as personal mines bear –especially in the war-plagued regions of Africa – Zimbabwe is proud to be the first country having incorporated the Convention against Anti-personnel Mines (A/RES/55/33V) in its national laws. As Anti-personnel Mines still find their appliance in many regions and are still used even by some of the most powerful countries, Zimbabwe urges all nations to intensify their efforts in striving to a more peaceful world without the heritage of long-forgotten wars and more cooperation in the international community.

POSITION PAPER FOR THE WORLD CONFERENCE AGAINST RACISM, RACIAL DISCRIMINATION, XENOPHOBIA AND RELATED INTOLERANCE

The Republic of Zimbabwe is a proud member of the Commission on Human Rights, the Committee on Economic, Social and Cultural Rights, the Committee on the Elimination of Discrimination against Women, the Committee on the Elimination of Racial Discrimination and the Committee on the Rights of the Child. Furthermore, the Republic of

Zimbabwe ranks the Organisation of African Unity. Zimbabwe reaffirms the Universal Declaration of Human Rights as well as the International Covenants and the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination.

Aware of and concerned by the fact that racial discrimination against individuals or groups of people on the basis of national origin, race, tribe, colour, sex, age or creed still persists, the Republic of Zimbabwe is looking forward to participate in the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance in 2001. Zimbabwe will make every effort to contribute to the eradication of racial discrimination, the abolishment of racial segregation and all kinds of Apartheid phenomena. However, the Republic of Zimbabwe stresses the fundamental principle set forth in the third article of the Charter of the Organisation of African Unity which states that all nations are self-determined and their inner affairs shall not be interfered by any outstanding organisation. The Republic of Zimbabwe believes in the possibility of the United Nations Organisation of solving the problems of ethnic conflict, racism and discrimination with respect to this principle and is convinced of the contribution to this goal of the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance.

The World Conference will discuss the following three issues: I. Prevention of Ethnic Conflict; II. Review of the Phenomenon of Double Discrimination against Women and Children and III. The Relationship Between Racism and Poverty.

I. Prevention of Ethnic Conflict

The young Republic of Zimbabwe, influenced by its revolutionary origin, is aware of the problems that have to be taken into account when an oppressed and dispossessed nation is in process of liberation. Zimbabwe acknowledges that some of the most serious difficulties result out of the diversity of ethnic groups in one nation. As seen in the past decades, this non homogenous composition often leads to armed conflicts and racial or tribal discrimination not seldom escalating into genocide or more subtle forms of curtailment of the Human Rights.

The United Nations discussed in detail the development to be observed in Rwanda and former Yugoslavia. While on the one hand, Zimbabwe felt a lack of support and presence in the cruel Rwanda war, and on the other hand stated strong interference in former Yugoslavian sovereignty during the outburst of conflicts, the Republic of Zimbabwe emphasises the necessity of a clear future concept how to handle tensions between different ethnic groups. Thus, the prevention of ethnic conflicts is an important contribution to the attempt of global peace. For this purpose, there is a need for regional alliances like the Southern African Development Community which help to improve local stability and to guarantee peaceful self-determination.

II. Review of the Phenomenon of Double Discrimination against Women and Children

Although there have already been taken many successful measures against, double discrimination still remains a considerable point of concern. Zimbabwe considers education for both male and female children as fundamental for development. Without basic education for all citizens, it will be impossible for a State to reach international standard in satisfaction of the Universal Declaration of Human Rights and to allow any economic and social progress. Additionally, compulsory education free of charge prevents from child labour as well as enforces the consciousness of a State's population in topics as racism, child labour, (child) prostitution and any kind of discrimination. Steps taken to make education available to women and girls certainly enforce their independence and favour the desirable equal rights for women. The Republic of Zimbabwe believes that it is important to promote awareness of problems of women, and to develop and define a new role of women in society.

Furthermore, the Republic of Zimbabwe stresses the necessity to remedy the defect of establishments aiming to shelter battered women and abused or ill-treated children mainly in developing countries but nevertheless widespread in the world.

The United Nations Organisation with its Bodies have already achieved an enormous success in the elimination of various discrimination in many sectors, though, as the UNHCR states in its Evaluation Report *The Problem of Access to Land and Ownership in Repatriation Operations*, that there is a "keen interest in upholding the right of women to inherit and own property". The Republic of Zimbabwe is looking forward to discuss the issue of double discrimination on the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance and assures its belief in progressive achievements concerning this topic.

III. The Relationship Between Racism and Poverty

As a proud member of the Commission on Human Rights, the Republic of Zimbabwe recognizes and appreciates that the United Nations Organisation is wishing to create an atmosphere which permits everyone to fully enjoy her or his economic, social and cultural, civil and political rights. Zimbabwe is aware of the fact that the everyone's right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and his family is one of the foreseen basic rights recorded in article 25 of the Universal Declaration of Human Rights.

Nevertheless, poverty "continues to spread in all countries of the world" (Commission on Human Rights resolution 2000/12). The Republic of Zimbabwe notes the existence of a vicious circle leading from poverty to racism and backwards: Many people are discriminated against by deprivation of education, land or job which renders them poor, because of their race or the fact that they are indigenous. Equally, it is easy to discriminate against poor people; for example by just raising fees for school or for the right to cultivate land, by not admitting them to any health care system or by depriving them of political co-determination. As Zimbabwe knows from its own experience, a main problem in Africa consists in the unfair distribution of land.

The Republic of Zimbabwe, confronted itself with this form of combined problems, hopes for the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance to prepare methods how to fight against this relationship and to foresee some practicable procedure how to brake the continuation of this vicious circle.

POSITION PAPER FOR THE SPECIAL SESSION FOR AN OVERALL REVIEW AND APPRAISAL OF THE IMPLEMENTATION OF THE HABITAT AGENDA (ISTANBUL +5)

The Republic of Zimbabwe, proud of its history as a champion of the disadvantaged and underprivileged, believes in multilateral conferences and agreements as an adequate and indispensable tool to deliberate and resolve the problems of globalization. This especially applies to the main issues that will be discussed in this committee: Megacities, Effects of Migration on Urbanization, and Natural Resource Management. We are deeply concerned about the ongoing failure of the world community to adjust consumption and production patterns to resources available on the long term. We believe that the relation between consumption and resources is severely disturbed, and we strive for just and effective measures to overcome the shortcomings of international relations.

In order to succeed in our search for global sustainable development, it deems us indispensable to deepen and broaden the programs implemented through Agenda 21. The responsible use of resources such as fresh water and land remains the key to sustainable development.

Zimbabwe believes that it is essential to integrate environmental considerations into economic strategies. We would like to underscore the necessity of raising global awareness to the limits of consumption, particularly in industrialized countries. While striving for global solutions we also have to insist on a fair and balanced structure in economic as well as trade relations.

The Republic of Zimbabwe encourages all Member States to actively participate in and strengthen their efforts concerning the implementation of programs designed to improve the standard of living in adjusting human settlements to the needs of societies and humankind. We urge all nations to adjust their national policies in a way that serves best all humans, regardless of their religion, wealth or race.

Facing global challenges that result in specific problems the Republic of Zimbabwe is committed to solutions which will help all nations overcome colonial injustice as we are aware of our own revolutionary origin, and as we want to show the same solidarity we enjoyed during our struggle for justice.

I. Megacities

The Republic of Zimbabwe is concerned about the worldwide trend towards rapid urbanization experienced by many large cities in recent years, especially in the developing world. Even though our country is not severely affected by the phenomenon of the so-called megacities, increased efforts are necessary to control rapid growth of the population and the unbalanced landownership structure in rural areas. The city of Harare, though, already has to deal with problems resulting from uncontrolled rural-to-urban migration as well as sharpened urban poverty, lack of infrastructure, traffic congestion, water and air pollution and housing shortage. We are therefore eager to combat

these burning issues effectively. Steps in this direction have already been undertaken, for instance by means of the Urban Development Loan granted by the World Bank with the objective of easing the pressure of urbanization by increasing the supply of affordable housing to low-income groups.

Zimbabwe welcomes the new vision of the United Nations Centre for Human Settlements (Habitat) and its focus on secure tenure and good urban governance, constituting strategic points of entry for the effective implementation of the Habitat Agenda in order to achieve sustainable human settlements' development and adequate shelter for all. We also recognize the value of consensus building through the involvement of a wide range of issues, strategies and decision-making processes. Especially local development plans and Agenda 21 initiatives have offered an opportunity to engage in these participatory processes. The Republic of Zimbabwe would like to express its faith in the efficacy of these measures and therefore wishes to carry on this approach.

II. Natural Resource Management

The Republic of Zimbabwe is convinced that in view of the finiteness of natural resources and the constantly growing world population an increased focus on the issues of sustainable resource management is required. The principles as formulated in Agenda 21, an all-encompassing approach covering a wide range of issues, provide a solid basis for tackling problems related to natural resource usage and conservation. The Republic of Zimbabwe believes that particular emphasis should be placed on the protection of the quality and the supply of fresh water, even more so since in the Sub-Saharan region water is becoming a scarce resource, and its conservation remains the key to poverty reduction and development. In that regard, we call upon the international community and the regional organizations to strengthen their cooperation efforts as have already been realized in the 1995 SADC Watercourse Protocol. Zimbabwe fully supports the global objective to achieve sustainable, equitable and economically feasible use of water resources, included shared waters.

Equally important for future generations is sustainable land management, land degradation being one of the major environmental problems, especially in rural areas. In addition, migration and urbanization as a result of unjust landownership call for appropriate measures to be taken. We encourage all Member States to establish an integrated network of land use programs taking into account social, cultural, ecological and economic issues.

Natural resource management also includes dealing with the problems of deforestation and desertification. Despite enormous efforts to reduce the rate of deforestation, reforestation is unfortunately still lagging behind. Furthermore, Zimbabwe strongly believes that the global awareness of the dependence on finite energy resources requires an adequate legislative framework, since in the long run renewable energies must replace the currently dominating use of traditional energies, particularly of fuel wood with its attendant impact on the environment in the developing countries.

On its way towards sustainable development, the Republic of Zimbabwe fully supports increased cooperation in a spirit of global partnership as laid down in principle 2 of the Rio Declaration. While the conversion of our obligation to conserve and utilize our resources in a sustainable manner depends on the solidarity and financial support of the industrialized countries, we cannot and we will not relinquish our sovereign right to exploit our own resources pursuant to our own environmental and developmental policies.

III. Effects of Migration on Urbanization

The Republic of Zimbabwe wishes to place emphasis on the fact that migration and urbanization – both posing particular challenges to global development – are interdependent since the worldwide growing number of migrants and refugees is attracted by big cities thus accelerating the process of urbanization. As migration is a global issue affecting all countries and regions, Zimbabwe is committed to addressing the root causes of migration with the aim of mitigating negative effects on urbanization. In order to better achieve these objectives, the socio-economic state of affairs at home, which is very often the main reason for migration, must be improved, and at the same time integration efforts have to be reinforced. We believe that severe restrictions on the part of the destination countries are inadequate to solve the problem. Instead, cooperation, coordination and solidarity in the international community is called for. Regarding internal migration in the developing countries, people's trail towards big cities shows their striving for better living conditions, which are withheld from them often due to unjust landownership structure. In order to reduce the flow from rural to urban areas, Zimbabwe encourages all affected Member States to elaborate programs that offer the majority of the peasants a chance to live in accordance with the principle of human dignity as formulated in the African Charter on Human and People's Rights.

With its land reform, Zimbabwe has taken the bold step to eliminate the root causes of uncontrolled urbanization instead of simply tackling its effects. This measure fully complies with the principle stated in the Vancouver Declaration on Human Settlements granting every state the sovereign right to maintain under public control the use, possession, disposal and reservation of land. Therefore, we do not tolerate any interference in these internal matters on the part of the international community or powerful individual Member States. Instead, Zimbabwe strongly believes in the particular significance of South-South regional cooperation profiting from the experience of other developing countries which have overcome similar problems.

Moreover, the development of sustainable cities remains an essential task requiring concerted cooperative and complementary actions among all parties concerned, namely state, regional and local authorities, but of course also non-governmental organizations and the United Nations.

As we are eager to reverse air and water pollution as well as deforestation in cooperation with the global community, we look for partners that will help our policies of sustainable development succeed. Since we are convinced of their success, we wish the cooperative efforts of governments and international bodies to be continued as implemented through Agenda 21.

POSITION PAPER FOR THE MINISTERIAL MEETING OF THE WTO

Proudly and consequently Zimbabwe has always taken an active part in negotiations on the World Trade Organisation. Believing that its principles of market liberalisation, market transparency are contributing to a positive development of the world's nations, we are committed to the WTO while pursuing our national goals: A stable and prosperous Zimbabwe, at peace with first, itself and second, all the world's states. For the latter, we totally support the United Nations' principles as defined in its Charter. Zimbabwe especially welcomes each people's right to self-determination and the principle of non-interference in the internal affairs of other states.

Due to the revolutionary origins of our nation we feel strong solidarity for every nation pursuing the same objectives as we did once also enjoying support and solidarity.

Implementing both, objectives and principles evolved from our nation's history as well as the strategies necessary to meet the effects and challenges of global changes, is the central aspect in the foreign policy of the Republic of Zimbabwe.

Calling on all nations to pursue these goals considering the aspects of global security, humanitarian rights, environmental protection and economic development, we warmly welcome the discussion of the three main issues before the Ministerial Meeting of the WTO: GATS: Negotiating for the Future, Global economic Disparity, and Trade and the Environment. The right to self-determination of sovereign countries shall neither be hampered nor infringed. Peace, development and well-being for the African continent are our topmost objectives.

I. GATS: Negotiating for the Future

The developing world sees globalisation, as a chance, not a peril. Zimbabwe pursues the aim of using this chance instead of being threatened by its possible effects.

Our goal is a stable and prosperous Zimbabwe. The possibility to realize this goal lies in globalisation as, if implemented correctly, it will strengthen the continent, the region and Zimbabwe itself.

As stated in a note⁸ from the WTO-Secretariat "GATS is not different in principle from [...] GATT". Considering the huge positive effect of market-liberalisation under GATT for the South-Africa-Region, we fully support future negotiations for further commitments in the sense of the General Obligations and Disciplines of the GATS-agreement⁹.

Although the current economic state of Zimbabwe's development is mainly based on producing industry and further establishment has to focus on exportable goods, also service trade contributes to economic development in an indirect manner: financial services, telecommunications and transport for example are the most important elements of a country's infra-structure. Therefore, establishing an "international economic environment [...] conducive to

⁸ Job No. 2748/Rev.1 - 07.06.1999

⁹ GATS-Agreement Part II

economic development and job-creation in Zimbabwe¹⁰ can only be discharged by following the principles and supporting the objectives of GATS.

To be able to continue pursuing the afore mentioned aims, the government of Zimbabwe stresses the following aspect in further negotiations: Not avoiding the challenges of liberalisation for the domestic market, Zimbabwe is interested in further assistance by the UNCTAD, the World Bank and other intergovernmental organisations. Efforts made in the past have expedited sound liberalisation. Though enhancement can be achieved by further "coordination between the relevant agencies"¹¹. Setting up a policy which protects developing liberalised markets from "anti-competitive practises of international corporations"¹² is a pivotal goal of the Zimbabwean policy in the process of opening it's markets to international competition.

Positive experience with similar market development in the South-African region, the whole continent and other developing countries strengthen our belief that controlled and assisted steps to an equitable and non-discriminatory multilateral trading system on an international level are the right ones to take.

II. Global economic Disparity

The issue of global economic disparity fortunately has become one of supranational interest. Having in mind the long term effects of global disparity, the world's governments and international organisations have addressed the issue thoroughly, as Mike Moore stated: "Africa's great concerns must be on an international trade agenda"¹³. Nevertheless, more needs to be done and speaking for most developing economies, Zimbabwe has a major interest in pursuing and negotiating this topic most appropriately in the future.

Libreville 2000 has been a milestone for African countries on the way to a more equal global trading system, providing a better chance for every member. Every single trading nation must not ignore the importance of economic disparity due to problems resulting from e.g. increasing refugee numbers - globalisation "puts all countries in the position of gold fishes in a bowl"¹⁴.

As mentioned in the Final Communiqué of Libreville 2000, the African countries put weight on revitalizing intra-African economic organisations to encourage south-south-cooperation.

Zimbabwe welcomes the agreement between the ACP and the EU which will ensure free EU-market access for African exports by 2009; but more needs to be done – especially by developed countries as e.g. the Cairo Plan of Action illustrates. Zimbabwe points out the essential need of developing countries for financial and technical aid in the process of establishing sustainable economic development while reforming the existing domestic structures and conditions. technical aid must include the transfer of technology as well as the transfer of know-how and knowledge concerning this technology.

Special attention must be paid to the enhancement of the domestic infra-structure, economic capacities, economic diversification and an economic environment appropriate to foreign public and private investors as well as the central aspect of poverty reduction. Zimbabwe is convinced, that enhanced coordination of the World Bank's and the IMF's work, a partial debt release for all African countries, and further agreements like the ACP-EU Partnership must be the pivotal elements of further negotiations.

III. Trade and the Environment

The further liberalization of trade in combination with the protection and preservation of the environment are among the most important topics for the future. As we negotiate and act under the roof of the WTO having the task to promote and implement an equitable and non-discriminatory multilateral trading system, these aims being our common goal have to be considered as the basis and the key for establishing a sustainable policy to protect the environment.

Being convinced that environmental measures will only be successful if introduced under the challenging pursuit of the aforementioned aims, we strongly emphasize the Decision on Trade and Environment adopted at the Marrakesh

¹⁰ Minister of Foreign Affairs – Republic of Zimbabwe– Speech 20.01.1999

¹¹ WTO-Document WT/WGTCP/W/126

¹² WTO-Document WT/WGTCP/W/126

¹³ Mike Moore in the Closing Statement on the Libreville 2000 meeting - 15.11.2000

¹⁴ Minister of Foreign Affairs of Zimbabwe - Harare - 20.1.1999

Meeting 1994 which states, that „there should not be, nor be, nor need be, any policy contradiction between upholding and safeguarding an open, non-discriminatory and equitable multilateral trading system and acting for the protection of the environment, and the promotion of sustainable development on the other“¹⁵.

As a developing country, Zimbabwe requests consideration for the different developmental and environmental conditions of each nation which have to be taken into account, when negotiating new measures and agreements. Moreover it needs the awareness “that trade policy instruments should not be used to achieve environmental objectives”, as it is already expressed in a submission to the WTO¹⁶. In terms of environmental policies we would welcome a focusing on effective intergovernmental mechanisms on the basis of domestic regulations rather than threatening the principle of national sovereignty by comprehensive multilateral solutions; as partly mentioned above, we “support country-driven specific measures”¹⁷. This is for attaining the highest possible improvements in environmental policies while not restricting the right to industrial development.

Furthermore, Zimbabwe and many other developing countries share the concern that environmental issues might lead to new obstacles in free trade intended to protect domestic environmental standards. After having undergone many reforms recommended and demanded by developed countries to profit from further liberalization and globalisation, we now face the situation of trade barriers implemented by these same developed countries under the guise of environmental standards. In this context, we also fear “the danger of an increasing number of trade related disputes

having to be solved by the WTO’s Dispute Settlement Body, whose overburdening means a great danger to the whole open trade system”.

POSITION PAPER FOR THE GROUP OF 77

The Group of 77 will address the following issues: Economic Effects of Political Instability and Corruption, External Debt and Reliable Health Care Systems.

The Republic of Zimbabwe reaffirms its full commitment to the principles and the declared objectives of the Group of 77. The prevailing existence of an enormous discrepancy between the prosperous industrialized countries and the developing world makes it crucially important to maintain unity among the countries of the South, as lined out in the Havana Declaration and Programme of Action. Regional and sub-regional organizations within the Group of 77 serve as important vehicles for the resolution of specific regional problems. Zimbabwe is a proud member of the Southern African Development Community (SADC) and the Organisation of African Unity (OAU).

I. Economic Effects of Political Instability and Corruption

The Republic of Zimbabwe acknowledges the threat to sustainable development posed by political stability and corruption and the possible consequences of decreasing flow of Foreign Direct Investment (FDI) and Official Development Assistance (ODA), as pointed out in GA resolution A/RES/54/128. Zimbabwe welcomes the initiatives taken by the United Nations in order to eradicate corruption and bribery in international commercial transactions, reflected by the Declaration against Corruption and Bribery in International Commercial Transactions, passed as GA resolution A/RES/51/191 on 16 December 1996. The still widely spread usage of bribes by Transnational Corporations (TNCs) poisons business atmosphere in developing countries and spoils the public sector.

The strengthening of civil society and NGO activities play a vital role in the fight against corruption and political instability on a national scale.

However, anti-corruption programmes need to fully respect the principles of the United Nations Charter and International Law, underscoring the primacy of sovereignty of states and non-intervention in the internal affairs of other states. These basic principles include the right of every state to freely choose its type of economic system and government. The recognition and support of legitimate and democratically elected governments is a key element to strengthen political stability and thus promote law enforcement as an important means of curbing corruption.

¹⁵ Decision on Trade and Environment - Marrakesh Meeting 1994

¹⁶ WTO-Document WT/CTE/W/110

¹⁷ Cairo Plan of Action – April 2000

The Republic of Zimbabwe is convinced that corruption and political instability are best addressed by sub-regional organizations. Zimbabwe acknowledges and honours its commitments made within regional organizations and other bodies for the purpose of international cooperation in the fight against corruption.

II. External Debt

The resolution of the endemic debt crisis is a vital and pressing issue. The Republic of Zimbabwe considers external debt and debt servicing as major impediments to social and economic development. Zimbabwe welcomes the Highly Indebted Poor Countries Initiative and other debt relief measures carried out by bilateral creditors. However, eligibility requirements of the HIPC Initiative have to be extended and the group of beneficiaries needs to be broadened by reviewing debt sustainability ratios and eligibility requirements.

The Republic of Zimbabwe strictly believes that the structural causes of indebtedness must be uprooted in order to secure a lasting exit from the debt burden. Thus, the issue of external debt may not be dealt with in an isolated manner. Apart from significant debt relief or outright debt forgiveness for those countries, which are repeatedly affected by severe natural disasters, access to the industrialized world's market must be greatly improved by the progressive elimination of tariff and non-tariff trade barriers. An approach to promote FDI into developing countries must involve the reduction of the volatility of capital flows.

Zimbabwe expresses its deep concern at the decline in levels of ODA and calls upon the international donor community to intensify its efforts to meet the agreed target of 0.7 per cent of GNP of donor countries. Grant of ODA flows may not be made subject to conditions that interfere with the internal affairs of sovereign states.

The problem of political instability and corruption is closely linked to the problem of debt burden, which prevents investment in the social and economic sector.

The responsibility for addressing the issue of external debt needs to be shifted back to the United Nations enshrined by a comprehensive reform to democratise the international financial system.

Zimbabwe recognizes the Third UN Conference on LDCs as a chance to effectively address these issues with respect to the worst affected countries and calls for the development of a common position in order to strengthen negotiation capacity.

III. Reliable Health Care Systems

The Republic of Zimbabwe believes that adequate Health Care is a decisive element of social development and the combat against poverty. It remains vitally important to provide basic necessities of life, like nutritious food and potable water, as stated in United Nations General Assembly resolution A/RES/54/175.

Health Care Systems constitute an important field on which intensified South-South Cooperation promises to be particularly fruitful. Zimbabwe therefore welcomes the South-South Healthcare Delivery Programme, which has been set up by the South Summit, held in Havana, Cuba, from 10 to 14 April.

The Republic of Zimbabwe seeks to put particular stress on the spread of HIV/AIDS and its disastrous consequences. While the HIV/AIDS pandemic has become a global problem, Zimbabwe is among the most seriously affected countries of Sub-Saharan Africa. Apart from producing huge numbers of orphans, HIV/AIDS adds to the vicious circle of external debt and underdevelopment by killing the most productive workers and widening budget deficit through increasing Health Care expenditures which forced Zimbabwe to introduce an AIDS levy.

Due to the lack of technological capacities, foreign currency and general financial resources, developing countries cannot carry out the fight against HIV/AIDS on their own.

While Zimbabwe has effectively carried out Aids Awareness Programmes, little progress has been made in the negotiations with the international Pharmaceutical Industry.

The people of Zimbabwe therefore urge the international community to provide easier access to drugs and medical treatments which can help mitigate the impact of HIV/AIDS and other mass infectious diseases.

The Group of 77 needs to show great solidarity on this vital issue in order to exert significant pressure upon the industrialized countries. The HIV/AIDS problem must be shifted to the very focus of the international community, establishing high-level forums dealing with these challenges, like the special session of the General Assembly on HIV/AIDS that GA resolution A/RES/54/283 calls for. Zimbabwe expresses its deep gratitude for the alleviation

provided by the World Health Organizations (WHO), other UN bodies and NGOs, and appreciates the initiatives taken within the SADC.

POSITION PAPER FOR THE COMMITTEE OF THE OAU

The Republic of Zimbabwe is a proud member of the Southern African Development Community, the Organisation of African Unity and the United Nations Organisation. Aware of the fact that the primary goal of our foreign policy, which is to improve and enhance the quality of life not only for the people of Zimbabwe but for the population of the African continent in its entirety, cannot be attained without a stable order of peace on a regional as well as a continental level, the Republic of Zimbabwe supports all actions and measures taken to promote an international environment conducive to this goal, as it is stated above. Influenced by the revolutionary origins of the independence of our young nation, we emphasize on the solidarity with all the oppressed and dispossessed nations on this planet. Furthermore, we consider it a fundamental principle that no state shall ever interfere in the domestic affairs of another nation as set forth in the third article of the Charter of the Organisation of African Unity. The right to self-determination of sovereign countries shall neither be hampered nor infringed. Peace, development and well-being for the African continent are our topmost objectives. Therefore, we are keen on discussing the following subjects:

I. Preventing the Escalation of Ethnic Conflict and National Conflict in Africa

With more than thirty wars having been fought in Africa since 1970, the quest for effective methods of conflict management seems to be more urgent than ever before. We well realize the fact that socio-economic development can only thrive within a climate of security, peace and the absence of conflict. To prevent inter-state wars for territorial expansion, we signify our full approval to the Cairo Declaration, stipulating the sanctity of international boundaries inherited by African countries from its colonial period. The Republic of Zimbabwe welcomed the establishment of the Mechanism for Conflict Prevention, Management and Resolution by the Organization of African Unity during its assembly in Cairo in 1993. The failure of the engagement of the United Nations in Somalia as well as their lack of presence during the gruesome and abhorable events in Rwanda clearly show the necessity of African self-reliance, which we tirelessly advocate. The Republic of Zimbabwe pursues a predominantly sub-regional approach to conflict prevention and management, aiming at mutual understanding and regular consultations with our closest neighbours. For that reason, the new organ on politics, defence and security was founded to be part of the Southern African Development Community. We want Southern Africa to speak with a united voice, to stand strong against external manipulation and to face evolving problems together, as the process of globalisation proceeds. The welfare of any given state in this region is the welfare of all the other states. Furthermore, we are eager to promote a regional peacekeeping brigade, a project that is thought to be feasible by a number of military experts. All this shows the emergence of a new way of thinking that is based upon the principle of African solutions to African conflicts, which can only be achieved, if diplomatic and economic co-operation is continued to be institutionalised throughout our region and the entire continent. Knowing, that conflict prevention is of greater significance than conflict resolution, we believe that writing off debts is inevitable for the recovery of the economies of developing countries, which itself is vital for further general progress. In order to accomplish economic and political stability, the Republic of Zimbabwe agrees to the concept of government and non-governmental organisations working together to find strategies on how to bring about economic development in the best and most appropriate manner.

II. Review of the African Charter on Human and People's Rights: 20 years later

The Republic of Zimbabwe acknowledges the lack of democracy to be a cause leading to conflict and instability on the African continent. We remain committed to sustain the demands and agreements espoused in the African Charter on Human and People's Rights. Nonetheless, we are appalled by the way, in which human right issues have been abused by big and powerful nations to vindicate unilateral actions in international affairs and to justify the violation of the sovereignty of states, all disguised as humanitarian interventions, which seem to be based on a rather selective morality. We believe that human rights, being very dear to the people of Africa, can only be implemented as long as they reflect the interests of all nations, not just of some. Taking note of the fact, that the Republic of Zimbabwe has been, as of 1998, the only country to regularly submit reports to the African Commission on Human and People's Rights, we urge other member states to comply with their obligations resulting from Article 62 of the African Charter on Human and People's Rights. According to the Articles 14 and 15 of the Grand Bay

Declaration and Plan of Action, the regulations of which we eagerly support, the honourable President of the Republic of Zimbabwe appointed a Constitutional Commission instructed to draft a home-grown Zimbabwean constitution embracing all ratified Human Right instruments in order to make them an integral part of our national legislation. Even though this newly conceived constitution was rejected in a referendum by the people of Zimbabwe, we remain committed to further establish Human Right principles in our national law. Mindful of the deficiencies the Commission proved to have during the course of its existence, we strongly suggest reviewing the African Charter on Human and People's Rights to make it a reliable and respected source for the implementation of Human Rights on the African continent.

III. Improving the African Response to Complex Emergencies

Our continent is infested by a variety of complex emergencies, each menacing the lives of millions of people. While armed conflicts, as already described above under paragraph one, are one definite cause for emergency situations, another reason for the occurrence of a crisis are natural disasters. With one out of four Zimbabweans being infected with the HIV virus, our country is not only facing a tragic loss of life, but serious social and economic problems due to a decreasing workforce. For that reason, in accordance with the International Strategy for Disaster Reduction, the Republic of Zimbabwe considers it necessary to foster a culture of prevention rather than a mentality of reaction, urging all governments to work together by exchanging information, by technical cooperation as well as technology transfer. Knowing that the exchange of knowledge is only possible by unlimited worldwide communication, it is of great importance that the African continent make up its delay in the sector of information technology, giving more Africans the opportunity to access the internet. In addition we call for the creation of local and regional disaster response forces capable of taking counter-measures in areas affected by the emergency more quickly than any external assistance. The Republic of Zimbabwe encourages participation in the OAU Peace Fund to provide swift financial aid to the regions in need.